

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

am 17. Juni gedenken wir jedes Jahr der Opfer des Volksaufstands von 1953 in der DDR. Von 1954 bis 1990 haben wir an diesem Tag den „Tag der deutschen Einheit“ gefeiert. Es ist die Aufgabe der Erlebnisgeneration, die historisch dramatischen Hintergründe dieses Tages auch den Nachgeborenen zu vermitteln. Der 17. Juni ist durch den Aufstand – wie es in der damaligen Gesetzesbegründung heißt – „zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ geworden. Vergessen wir nie den Freiheitskampf, mit dem die Bürgerinnen und Bürger das DDR-Unrechtsregime überwunden haben.

Die deutsche Einheit und die europäische Einigung waren aber immer – von *Konrad Adenauer* bis *Helmut Kohl* – zwei Seiten einer Medaille. In diesen Tagen stellen sich nun wieder Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Einigung. So gestaltet sich die Loslösung des Vereinigten Königreichs von dieser (1973 zeitgleich mit Irland eingegangenen) Einigung unverändert schwierig. Das diese Woche von der britischen Regierung eingebrachte Gesetz zur einseitigen Abkehr vom Nordirland-Protokoll stellt das Verhältnis zur EU auf eine harte Probe. Es ist richtig, dass die Kommission weiter

gesprächsbereit ist, aber auch, dass sie juristische Maßnahmen gegen London ergreift. Das ist in der Reaktion nicht überzogen, sondern Teil unseres rechtsstaatlichen Konsenses. Die Rechtsstaatlichkeit ist und bleibt eines der ureigensten Fundamente unseres Zusammenlebens in einem freiheitlichen, vereinten Europa. In großer Geschlossenheit habe ich dies auch



mit den Länderkolleginnen und Kollegen diese Woche auf der Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister in Brüssel betonen können (siehe Fotos, Quelle: Daniel Meißner | SMJusDEG).



Die Ukraine möchte Teil der europäischen Einigung sein. Wie in der DDR vor 69 Jahren geht es dort um Freiheit – Freiheit vor dem russischen Aggressor und seinen brutalen Besitzansprüchen. Meine Meinung dazu ist klar: Die Ukrainerinnen und Ukrainer müssen wie jedes andere Land ihre Lebensweise und ihre

internationalen Partner selbst auswählen dürfen. Deshalb ist es absolut richtig, der Ukraine – die dies von ihrer



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 11/2022 vom 17.06.2022



Seite anstrebt – eine Perspektive zu eröffnen, auf Basis der „Kopenhagener Kriterien“ Teil der Europäischen Union zu werden.

Es freut mich, dass die Bundesregierung im Vorfeld des ehemaligen Tages der deutschen Einheit, des 17. Juni, zu diesem Freiheitskampf der Ukrainer und ihrem Wunsch nach Beitritt in die EU jüngst jetzt doch ein positives Signal in Kiew gesendet hat. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erhellende Lektüre darüber, was in der Europäischen Union in den letzten zwei Wochen geschehen ist.

Ihre Melanie Huml



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	9
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	9
EU-Regierungen beschließen 6. Sanktionspaket gegen Russland	9
EUROPÄISCHES PARLAMENT	9
Plenarwoche vom 06.06.2022 - 09.06.2022: Klimamaßnahmen, EU-Beitrittsstatus der Ukraine, Gelder aus dem Aufbaufonds für Polen, Forderungen nach einer Reform der EU.....	9
INSTITUTIONELLES.....	11
Empfehlung der Kommission zum EU-Kandidatenstatus der Ukraine	11
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	12
Brexit: Kommission leitet wegen Nordirland-Protokoll Vertragsverletzungsverfahren ein	12
MEDIEN	12
Kommission begrüßt gestärkten Verhaltenskodex gegen Desinformation	12
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	14
Tagung der EU-Innenminister am 10.06.2022	14
COVID-19	14
Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig	14
SICHERHEIT	15
Rat nimmt allgemeine Ausrichtung zu Reform des Schengener Grenzkodex an	15
Rat nimmt allgemeine Ausrichtung für eine Richtlinie über den Informationsaustausch an	15
Rat nimmt allgemeine Ausrichtung für die Prüm-II-Verordnung an.....	15
Rat gibt Empfehlung zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit	16
TERRORISMUS	16
Rat nimmt Schlussfolgerungen an, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Europäer zu fördern	16
RECHTSSACHE.....	17
Streichung aus Wählerliste für Kommunalwahlen in Frankreich aufgrund des Brexit	17
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	18
KLIMASCHUTZ	18
Positionierung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems vorerst im Europäischen Parlament gescheitert – ausgenommen Luftverkehr	18
Europäisches Parlament legt Standpunkt zu Kompensationspflichten für Emissionen im internationalen Luftverkehr fest	18
Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verschärfung der CO ₂ -Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge fest.....	19
EISENBAHNVERKEHR.....	19
Kommission führt Konsultation zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur durch.....	19



BAUEN UND WOHNEN.....	20
Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus vergeben.....	20
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	21
Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 09.06.2022 in Luxemburg	21
Verordnung über den digitalen Informationsaustausch in Fällen des grenzüberschreitenden Terrorismus – allgemeine Ausrichtung des Rates.....	21
Verordnung über die Errichtung einer Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen – allgemeine Ausrichtung des Rates	22
Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt – partielle allgemeine Ausrichtung des Rates ...	22
Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie – allgemeine Ausrichtung des Rates.....	22
Terrorismus: Rat nimmt Schlussfolgerungen an, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Europäer zu fördern.....	23
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	24
Tagung des EU-Forschungsministerrates	24
Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus vergeben.....	24
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	26
ECON-Ausschuss am 13./14.06.2022.....	26
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	26
EZB-Ratssitzung vom 09.06.2022: in Aussicht gestellte Erhöhung von Leitzinsen	26
Ad-hoc-Sitzung des EZB-Rats vom 15.06.2022: Wiederanlage der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio und ein neues Instrument zur Bekämpfung der Fragmentierung	27
ECON-Ausschuss am 15.06.2022: u. a. digitaler Euro	27
EU-HAUSHALT	28
EU-Haushalt 2023: Europa in die Lage versetzen, auch in Zukunft eine sich wandelnde Welt mitzugestalten.....	28
Jährliche Management- und Leistungsbilanz 2021: Schlüsselrolle des EU-Haushalts bei der Unterstützung der Erholung in der EU.....	28
STEUERN.....	29
Bessere Durchsetzung der Steuergesetze zur Stärkung der Task Force „Freeze and Seize“	29
OLAF im Jahr 2021: mehr als 527 Mio. € aus EU-Haushalt missbraucht oder zweckentfremdet	29
Verlängerung der fakultativen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft und des Schnellreaktionsmechanismus im Hinblick auf Mehrwertsteuerbetrug	29
Öffentliche Konsultation zu technischen Modalitäten bei der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.....	30
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	31
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	31
Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Politische Einigung zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission erzielt	31



Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verschärfung der CO ₂ -Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge fest.....	31
Taxonomie: Ausschüsse des Europäischen Parlaments sprechen sich für Ablehnung des delegierten Rechtsakts zu Gas- und Kernenergieaktivitäten aus	32
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Verlängerung der Finanzierungsfrist für den paneuropäischen Garantiefonds für Unternehmen	32
Brexit-Anpassungsreserve: Kommission genehmigt Vorfinanzierung für u. a. Deutschland	32
Terroristische Online-Inhalte: Regeln gelten seit 07.06.2022 in der EU	33
Kartellrecht: Unangekündigte Nachprüfungen im Wasserinfrastruktursektor	33
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	33
Unterstützung ukrainischer Start-ups durch den Europäischen Innovationsrat mit 20 Mio. €	33
Weltraum: Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Copernicus und zum Weltraumverkehrsmanagement an.	34
AUßENWIRTSCHAFT.....	34
Ausfuhrkontrollen gegenüber Russland: EU und USA kündigen verstärkte Zusammenarbeit an	34
EU, Ägypten und Israel intensivieren ihre Zusammenarbeit im Bereich Energie	35
Handelspolitik: Koalition zwischen EU, Ecuador, Kenia und Neuseeland zur Bekämpfung des Klimawandels.....	35
Handelspolitik: Rat nimmt Schlussfolgerungen zur WTO an.....	35
Internationales Beschaffungswesen: Europäisches Parlament nimmt Einigung zur Förderung der Gegenseitigkeit beim Marktzugang formell an	36
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	37
UMWELT.....	37
Europäisches Parlament fordert eine striktere Reduktion der Treibhausgasemissionen seitens der Mitgliedstaaten.....	37
Positionierung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems vorerst im Europäischen Parlament gescheitert	37
EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“ startet mit 118 Regionen und Kommunen	38
Aktualisierung der Ausnahmen für die Verwendung von Schwermetallen in Fahrzeugen	38
EuGH urteilt, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei bloßer Verlängerung der Betriebsdauer einer Abfalldeponie nicht erforderlich sei.....	39
Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur zu Treibhausgasemissionen bestätigt das Erreichen des Ziels für 2020	39
VERBRAUCHERSCHUTZ	40
Ausnahme für die Verwendung von sechswertigem Chrom als Korrosionsschutzmittel in Gasabsorptionswärmepumpen geplant.....	40
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit setzt Bewertungsverfahren zu Cannabidiol als neuartiges Lebensmittel aus.....	40
EuGH billigt Verbot kosmetischer Mittel wegen Ähnlichkeit mit Lebensmitteln.....	41
Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie – allgemeine Ausrichtung des Rates.....	42



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	43
Tagung Agrarrat.....	43
Europaabgeordnete begehen 60 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik	44
Konsultation zur Regelung des Leistungsrahmens und der Daten für die Überwachung und Evaluierung der GAP	44
Europäisches Parlament und Rat erzielen Einigung über Agrarstatistik.....	45
Europäisches Parlament nimmt Positionierung zu Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft an	45
Kommission veröffentlicht Bericht zur Anwendung von EU-Gesundheits- und -Umweltnormen auf importierte Agrarerzeugnisse	46
Kommission schlägt für sieben landwirtschaftliche Waren aus der Republik Moldau ein Jahr Zollfreiheit vor	46
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	48
Rat der Sozialministerinnen und Sozialminister am 16.06.2022 in Luxemburg	48
Rat und Europäisches Parlament erzielen vorläufige Einigung über angemessene Mindestlöhne	49
EU-Unterhändler einigen sich auf Geschlechterquote für börsennotierte Unternehmen	49
Kommission gibt Empfehlungen zur Integration ukrainischer Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.....	50
EuGH: Österreichische Indexierung von Familienleistungen verstößt gegen Unionsrecht	50
Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 09.06.2022 in Luxemburg	50
Kommission startet den Access City Award 2023 für die zugänglichsten Städte in der EU	51
Schutz der psychischen Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt	51
Expertengruppe sieht weiter Handlungsbedarf zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.....	51
Jugendwettbewerb: Wer benennt das neue System für sichere Weltraumkonnektivität?	52
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	53
Europäische Arzneimittelagentur startet Rolling Review zu adaptiertem Corona-Impfstoff.....	53
EPSCO Gesundheitsrat in Luxemburg	53
HERA sichert Impfstoffe gegen Affenpocken für die Mitgliedstaaten.....	54
ECDC und WHO veröffentlichen Leitfaden über den Umgang mit Affenpocken während der Sommersaison.....	54
Auswirkungen des Auftretens und der Verbreitung der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten BA.4 und BA.5 auf die EU	55
Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig	55
Europäische Arzneimittelagentur nimmt erste Liste kritischer Arzneimittel für COVID-19 an.....	56
Anpassung der Lieferpläne für Moderna an den Bedarf der Mitgliedstaaten.....	56
Berichte über Bekämpfung von COVID-19-Desinformation	56
Europäischer Drogenbericht 2022: Trends und Entwicklungen	57



Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten startet Modellierungszentrum für künftige Entwicklung von COVID-19.....	57
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	58
Tagung des Rates „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)	58
Binnenmarktausschuss billigt politischen Kompromiss zum Digital Services Act	58



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Regierungen beschließen 6. Sanktionspaket gegen Russland

Die EU-Regierungen haben am 03.06.2022 endgültig das 6. Sanktionspaket gegen Russland beschlossen. Wegen des Widerstands aus Ungarn hat der Europäische Rat allerdings den russisch-orthodoxen Patriarchen *Kirill* wieder von seiner Sanktionsliste gestrichen. Auch das Ölembargo gegen Russland war aufgrund der Haltung der ungarischen Regierung deutlich abgeschwächt und betrifft vorerst nur russische Lieferungen von Ölerzeugnissen auf Schiffen. Ölimporte in die EU über Pipelines – wie über die Druschba-Leitung nach Ungarn – sind nach wie vor erlaubt.

Nach Angaben der Kommission deckt das Einfuhrverbot für russisches Öl auf dem Seeweg 90 % der gesamten Öleinfuhren aus Russland ab. Es soll mit einer Übergangsfrist bis Jahresende umgesetzt werden. Das geplante Strafpaket gegen Russland umfasst neben dem Ölembargo auch Sanktionen gegen rund 60 Kreml nahe Persönlichkeiten, darunter Militärs und Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Zudem sollen drei weitere russische Banken vom internationalen Finanzsystem Swift ausgeschlossen werden, darunter die Sberbank, das größte Kreditinstitut des Landes. Auch verbietet die EU die Sendetätigkeit von drei weiteren staatlich russischen Sendern (Rossiya RTR/RTR Planeta, Rossiya 24/Russia 24 und TV Centre International). Gleichzeitig wird das Ausfuhrverbot von EU-Gütern nach Russland auf Chemikalien erweitert. Bislang war die Lieferung bestimmter Spitzentechnologien nach Russland verboten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 06.06.2022 - 09.06.2022: Klimamaßnahmen, EU-Beitrittsstatus der Ukraine, Gelder aus dem Aufbaufonds für Polen, Forderungen nach einer Reform der EU

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) standen folgende Themen im Zentrum:

- **Klimamaßnahmen – Abstimmungen zu wichtigen „Fit for 55-Dossiers“:** Die EU hat sich verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 um 55 % zu senken und bis 2050 klimaneutral zu werden. Um dies zu verwirklichen, hat das EP seine Verhandlungsposition zur Überarbeitung einer Reihe von EU-Rechtsvorschriften in Bereichen, die für die Emissionen verantwortlich sind, festgelegt.

Diese umfassen Null-Emissionen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge im Jahr 2035, höhere Ambitionen für Kohlenstoffsenken in der Landnutzung und Forstwirtschaft, ehrgeizigere Emissionsreduzierungen im internationalen Luftverkehr und strengere Reduktionsziele für die EU-Mitgliedstaaten.

Die Dossiers, die sich auf die Bepreisung von CO₂ beziehen – darunter Änderungen des Emissionshandelssystems der EU, eine neue Abgabe auf Importe und ein Fonds zur Unterstützung von



Menschen, die von Energie- und Mobilitätsarmut betroffen sind (= Klima-Sozialfonds) –, wurden dagegen zur Neuverhandlung an den federführenden Umweltausschuss zurückverwiesen.

- **Ukrainekrieg – Sprecher des ukrainischen Parlaments fordert Gewährung des Status eines EU-Beitrittskandidaten:** In einer Debatte mit Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* diskutierten die Abgeordneten über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges in der Ukraine für die EU. Sie forderten eine gemeinsame Unterstützung für die vom Krieg betroffenen EU-Bürger und Unternehmen. Der Sprecher der ukrainischen Werchowna Rada (Parlament), *Ruslan Stefantschuk*, forderte die EU auf, der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten zu gewähren.
- **Polen – Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit als Vorbedingung für den Zugang zum Aufbaufonds:** In einer Entschließung äußerte sich das EP „ernsthaft besorgt“ über die Zustimmung der Kommission zum polnischen Aufbau- und Resilienzplan in Höhe von 35,4 Mrd. €. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass die Einhaltung der EU-Werte eine Vorbedingung für den Zugang zum Aufbaufonds ist und dass der Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit-Konditionalität uneingeschränkt zur Anwendung kommen müsse. Polen müsse auch alle einschlägigen Urteile des EuGH und des EGMR umsetzen, bevor der nationale Aufbauplan genehmigt werden kann. Die von der Kommission gesetzten Bedingungen reichen den Abgeordneten zufolge nicht aus.
- **Türkei – keine Erwägung der Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen:** Ohne deutliche Fortschritte bei den EU-Reformen könne das EP die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht erwägen. Durch die offene Missachtung der verbindlichen Urteile des EGMR im Fall von *Osman Kavala* und anderen habe die derzeitige türkische Regierung bewusst alle Bestrebungen zur Wiederaufnahme des EU-Beitrittsprozesses zum jetzigen Zeitpunkt zunichtegemacht, fügten sie hinzu. Die Abgeordneten begrüßten unabhängig davon die Bereitschaft der Türkei, im Krieg Russlands gegen die Ukraine als Vermittler aufzutreten, und betonten, wie wichtig eine gute außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten sei. Sie dankten dem Land auch für seine feste Ausrichtung auf die NATO und die EU.
- **Europol – Ausweitung der Befugnisse:** Das EP sprach sich für mehr Befugnisse für Europol bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität aus, da es durch Pandemie und digitalen Wandel neue Herausforderungen gibt. Diese umfassen auch Möglichkeiten, um die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit bei strafrechtlichen Ermittlungen zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden (u. a. Zoll- und Grenzkontrollbehörden) zu erleichtern.
- **Zwangsarbeit – Einfuhrverbot von Produkten:** Die Abgeordneten forderten ein Verbot der Einfuhr von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden. Die Behörden sollten Indikatoren der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) wie Bewegungseinschränkungen sowie die Einbehaltung von Ausweispapieren verwenden, um festzustellen, ob eine Produktionsstätte, ein Importeur, ein Transporteur oder ein Unternehmen Zwangsarbeit einsetzt.



- **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Jubiläum unterstreicht Bedeutung:** Das eP beging den 60. Jahrestag der GAP. Da die neue und verstärkte GAP im nächsten Jahr in Kraft tritt und der Krieg in der Ukraine die Notwendigkeit der Ernährungssicherheit unterstreicht, bleibe die Landwirtschaft eine wesentliche europäische Politik. Im langfristigen EU-Haushalt für 2021 – 2027 sind 386,6 Mrd. € für die Landwirtschaft vorgesehen, was deren Bedeutung auf eindrucksvolle Art und Weise unterstreiche.
- **Reaktion auf die Konferenz zur Zukunft Europas – Abgeordnete fordern eine Reform der EU:** Die Abgeordneten forderten den Beginn des Prozesses zur Änderung der EU-Gründungsverträge als Reaktion auf die Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas, einschließlich der Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat in den meisten Bereichen und mehr EU-Kompetenzen in den Bereichen Gesundheit und Energie. Unabhängig davon forderten sie, dass das EP das Recht erhält, neue Rechtsvorschriften vorzuschlagen (= Initiativrecht). Dies ist derzeit der Kommission vorbehalten.
- **Debatte mit dem irischen Premierminister:** In einer Debatte mit dem irischen Premierminister *Micheál Martin* bekräftigten die Abgeordneten ihre Solidarität mit Irland bei der Bewältigung der Folgen des Brexit. *Martin* hob die wichtige Rolle der EU bei der Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit in Europa hervor. Der irische Premierminister sprach im Rahmen von „Das ist Europa“, einer Reihe von Sonderdebatten, in denen führende Politiker über die EU und ihre Zukunft debattieren.
- **Verleihung des LUX-Publikumspreises:** Der Film „Quo Vadis, Aida?“ wurde mit dem LUX-Publikumspreis 2022 ausgezeichnet. Bei der Verleihung des Preises an die bosnische Regisseurin *Jasmila Žbanić* sagte Parlamentspräsidentin *Roberta Metsola*: „Dieser Film ist ein starker Aufruf zur Gerechtigkeit für die Frauen und Mütter von Srebrenica, die die grausame Ermordung von mehr als 8.000 Angehörigen miterlebt haben.“

Die nächste Plenartagung in Straßburg findet vom 04.07.2022 - 07.07.2022 statt.

[Presseerklärungen des EP](#) (in englischer Sprache)

INSTITUTIONELLES

Empfehlung der Kommission zum EU-Kandidatenstatus der Ukraine

Die EU-Kommission empfiehlt dem Rat, die Ukraine und die Republik Moldau offiziell zu EU-Beitrittskandidaten zu ernennen. Sie forderte allerdings auch Reformen in den Ländern. Für Georgien, das ebenfalls einen EU-Beitritt anstrebt, empfahl sie vorerst nur eine "europäische Perspektive".

Die Europäische Kommission hat am 17.06.2022 auf Ersuchen des Rates ihre Stellungnahmen zu dem Antrag der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau auf EU-Mitgliedschaft vorgelegt. Die heutigen Stellungnahmen stützen sich auf die Bewertung der Kommission im Lichte der drei vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien für den Beitritt zur EU: politische Kriterien, wirtschaftliche Kriterien und die Fähigkeit des Landes, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen. Das nun von der



Kommission vorgeschlagene Vorgehen sieht vor, der Ukraine und der Republik Moldau den Status als EU-Beitrittskandidaten zu geben. Zugleich sollten nach Ansicht der Behörde weitere Fortschritte im Beitrittsprozess an konkrete Bedingungen geknüpft werden. In beiden Ländern gibt es unter anderem Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen Korruption. Georgien solle erst nach der Erfüllung von Auflagen den Kandidatenstatus bekommen. Auf der Grundlage der Stellungnahmen der Kommission müssen die EU-Mitgliedstaaten nun einstimmig über die nächsten Schritte entscheiden. Die Anträge der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau auf EU-Mitgliedschaft werden im Lichte der Stellungnahmen der Kommission auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates am 23./24.06.2022 erörtert. In der Zwischenzeit ist die EU weiterhin entschlossen, die Beziehungen weiter zu stärken und die Partnerschaften zu vertiefen, um die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien im Einklang mit den Assoziierungsabkommen und Freihandelszonen zu unterstützen.

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Brexit: Kommission leitet wegen Nordirland-Protokoll Vertragsverletzungsverfahren ein

Die Kommission hat am 15.06.2022 das im März 2021 eingeleitete, im Juli 2021 aber im Interesse konstruktiver Zusammenarbeit ausgesetzte Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich (VK) wegen Nichtbefolgung zentraler Regeln des Nordirland-Protokolls wieder aufgenommen. Dem vorausgegangen war die Vorlage eines Gesetzentwurfs durch die britische Regierung zwei Tage zuvor, wonach zentrale Elemente des Protokolls außer Kraft gesetzt würden. Zudem hat die Kommission wegen der Verletzung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Verpflichtungen des VK im Kontext des Protokolls bzw. des Versäumnisses, der EU gemäß dem Protokoll bestimmte Daten aus der Handelsstatistik in Bezug auf Nordirland zur Verfügung zu stellen, zwei neue Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Der für die Beziehungen zum VK zuständige Kommissionsvizepräsident Šefčovič erklärte, der Verstoß des VK gegen die von ihm eingegangenen internationalen Verpflichtungen sei „nicht akzeptabel“ und plädierte an seine britischen Kollegen, loyal mit der EU zusammenzuarbeiten für die Lösung der Probleme beim Warentransport zwischen der britischen und der irischen Insel. Zugleich präzisierte die Kommission ihre im Oktober 2021 vorgeschlagenen diesbezüglichen Regeln für ein vereinfachtes Modell der Umsetzung des Protokolls.

[Presseerklärung der Kommission](#)

MEDIEN

Kommission begrüßt gestärkten Verhaltenskodex gegen Desinformation

Die Kommission hat am 16.06. den von 34 Unternehmen unterzeichneten gestärkten Verhaltenskodex gegen Desinformation vorgestellt und begrüßt. Er basiert auf von der Kommission im Mai 2021 veröffentlichten Leitlinien für die Anpassung des ersten Verhaltenskodex von 2018, um die Bekämpfung von Desinformation wirksamer zu gestalten. Kern der Modifizierung, die 44 Bekenntnisse der Unterzeichner enthält, sind die



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 11/2022 vom 17.06.2022



Ergreifung von Maßnahmen gegen die Werbefinanzierung von Desinformation sowie die Verknüpfung mit dem zukünftigen Digital Services Act (DSA) dergestalt, dass ein Verstoß sehr großer Online-Plattformen oder sehr großer Online-Suchmaschinen gegen den Kodex von der Kommission überprüft und sanktioniert werden kann. Auch enthält der neue Kodex erstmals Maßnahmen zur Anzeige zuverlässiger Informationen in privaten Messenger-Diensten. Die Unterzeichner (darunter Google, Meta, Twitter und TikTok) haben nun sechs Monate Zeit, bis sie den ersten Umsetzungsbericht abliefern.

[Presseerklärung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Tagung der EU-Innenminister am 10.06.2022

Am 10.06.2022 fand in Luxemburg ein Treffen der EU-Innenminister statt. Im Bereich Asyl und Migration unterstützte der Rat weitgehend die erste Stufe des vom französischen Vorsitz vorgeschlagenen schrittweisen Ansatzes für Migration und Asyl, einschließlich der Screening-Verordnung, der Eurodac-Verordnung und des Solidaritätsmechanismus. Außerdem hat der Rat seine allgemeine Ausrichtung zur Reform des Schengener Grenzkodexes festgelegt, sowie eine Empfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit angenommen. Ferner hat der Rat seine allgemeine Ausrichtung für eine Richtlinie über den Informationsaustausch sowie für die Prüm-II-Verordnung angenommen (siehe dazu entsprechende Beiträge in diesem EB). Die Minister zogen ferner Bilanz über die Umsetzung des 10-Punkte-Plans für eine stärkere europäische Koordinierung bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine. Die Arbeit an der vollständigen Umsetzung des Plans müsse fortgesetzt werden, einschließlich der Unterstützung für die Aufnahme und Integration von Kriegsflüchtlingen und der Hilfe für die Republik Moldau. Die Minister erörterten auch Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des möglichen Menschen- und Waffenhandels und betonten, wie wichtig es sei, die Entwicklung krimineller Bedrohungen weiterhin sehr aufmerksam zu verfolgen.

[Pressemitteilung](#)

COVID-19

Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig

Das Europäische Parlament (EP) und die EU-Mitgliedstaaten im Rat haben sich am 13.06.2022 darauf geeinigt, die Gültigkeit des digitalen COVID-Zertifikats um ein Jahr zu verlängern, wie von der Kommission vorgeschlagen. Das EP und der Rat haben sich außerdem auf einige zusätzliche Änderungen geeinigt, damit das digitale COVID-Zertifikat der EU für die Bürgerinnen und Bürger noch einfacher zugänglich ist. So sollen die Mitgliedstaaten künftig auch Teilnehmern an klinischen Studien Zertifikate ausstellen können und weitere Arten von Antigentests anerkannt werden. Das EP und der Rat müssen den am 13.06.2022 politisch vereinbarten Text nun noch förmlich annehmen.

Bis 31.12.2022 soll die Kommission einen Bericht über das digitale COVID-Zertifikat der EU veröffentlichen, dem je nach Entwicklung der Epidemielage auch ein Vorschlag zur Verkürzung der Geltungsdauer der Verordnung beigefügt werden könnte.

[Pressemitteilung](#)



SICHERHEIT

Rat nimmt allgemeine Ausrichtung zu Reform des Schengener Grenzkodex an

Der Rat hat am 10.06.2022 seine allgemeine Ausrichtung zur Reform des Schengener Grenzkodexes festgelegt. Diese Reform bietet neue Instrumente zur Bekämpfung der Instrumentalisierung von Migrantenströmen, schafft einen neuen Rechtsrahmen für Maßnahmen an den Außengrenzen im Falle einer Gesundheitskrise, aktualisiert den Rechtsrahmen für die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen und führt alternative Maßnahmen zu diesen Kontrollen ein. Die allgemeine Ausrichtung ermöglicht es dem Rat nun, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) aufzunehmen, sobald das EP seinen eigenen Standpunkt festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)

[Allg. Ausrichtung](#)

Rat nimmt allgemeine Ausrichtung für eine Richtlinie über den Informationsaustausch an

Der Rat hat am 10.06.2022 seine allgemeine Ausrichtung für eine Richtlinie über den Informationsaustausch angenommen. Mit dieser Richtlinie sollen die organisatorischen und verfahrenstechnischen Aspekte des Informationsaustauschs zwischen den Strafverfolgungsbehörden in der EU gesetzlich geregelt werden. Es soll gewährleistet werden, dass Strafverfolgungsbehörden gleichwertigen Zugang zu Informationen erhalten, die in anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Zudem soll der großen Zahl der dafür genutzten Kommunikationskanäle entgegengewirkt und die Rolle von Europol als Plattform der Union für strafrechtliche Informationen gestärkt werden. Den Mitgliedstaaten soll künftig auch eine zentrale Kontaktstelle für den Informationsaustausch mit anderen EU-Ländern zur Verfügung stehen. Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament werden aufgenommen, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag für Richtlinie über Informationsaustausch](#)

Rat nimmt allgemeine Ausrichtung für die Prüm-II-Verordnung an

Der Rat hat am 10.06.2022 seine allgemeine Ausrichtung für die Prüm-II-Verordnung angenommen. Das Ziel des Prüm-Rahmens besteht darin, den automatisierten Austausch von DNA-Profilen, daktyloskopischen Daten sowie Fahrzeugregisterdaten zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Untersuchung von Straftaten zwischen den Strafverfolgungsbehörden zu erleichtern. Mit dem neuen Verordnungstext wird dieser Datenaustausch auf weitere Datenkategorien wie beispielsweise Gesichtsbilder, Kriminalakten von Verdächtigen und verurteilten Straftätern sowie Führerscheindaten ausgeweitet. Außerdem soll auch die technische Infrastruktur zur Unterstützung dieses Datenaustauschs modernisiert werden, indem die Vielzahl direkter Verbindungen zwischen nationalen Datenbanken durch einen zentralen Router ersetzt wird. Ferner wird Europol in das Prüm-System integriert, wobei es der Agentur ermöglicht wird, Datenbanken abzufragen



und Zugang zu Datenbanken zu gewähren, die biometrische Daten aus Drittländern enthalten. Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)

[VO Vorschlag Prüm II](#)

Rat gibt Empfehlung zur Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit

Im Sinne einer wirksamen Bekämpfung von Kriminalität sowie als Reaktion auf kriminelle Bedrohungen hat der Rat am 10.06.2022 eine Empfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit angenommen. In der angenommenen Empfehlung werden gemeinsame Standards für die operative Zusammenarbeit zwischen Polizeibeamtinnen bzw. -beamten geschaffen, die in verschiedenen Mitgliedstaaten tätig sind oder an gemeinsamen Einsatzformen teilnehmen. Die Empfehlung betrifft u. a. eine Reihe von Grundsätzen für grenzüberschreitende Nacheile und grenzüberschreitende Observation, eine Liste der Straftaten, bei denen grenzüberschreitende Nacheile und grenzüberschreitende Observation zulässig sein sollten, einen Rahmen für gemeinsame Einsatzformen, die Einrichtung einer Unterstützungsplattform für gemeinsame Streifen und andere gemeinsame Einsatzformen sowie die Gewährleistung eines wirksamen Zugangs zu Informationen und Kommunikationsmitteln über sichere Kanäle, sowie die gemeinsame Aus- und Fortbildung und berufliche Weiterbildung im Hinblick auf die Gestaltung einer europäischen Polizeikultur.

[Pressemitteilung](#)

[Empfehlung zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit](#)

TERRORISMUS

Rat nimmt Schlussfolgerungen an, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Europäer zu fördern

Der Rat hat am 09.06.2022 Schlussfolgerungen zu den Erfolgen und den nächsten Schritten beim Schutz der Europäer vor dem Terrorismus angenommen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten, die Gespräche über den wirksamen Austausch von Informationen über ausländische terroristische Kämpfer, die eine ernsthafte Bedrohung darstellen, fortzusetzen. Er fordert die Behörden auf, Einreiseverbote gegen Drittstaatsangehörige zu verhängen, die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen, und diese Verbote weiterhin in das Schengener Informationssystem einzugeben. Der Rat ruft zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Behörden und den für die Erteilung des Aufenthaltsrechts zuständigen Behörden auf, um ein Höchstmaß an Koordination zu gewährleisten. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Handlungsmöglichkeiten derjenigen einzuschränken, die die Radikalisierung fördern, und ruft zur Wachsamkeit auf, um sicherzustellen, dass Organisationen, die Gewalt und Hass fördern, nicht in den Genuss öffentlicher Mittel kommen. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, sich bei restriktiven Maßnahmen und Maßnahmen zum Verbot der Einreise in die EU weiter abzustimmen, und ersucht die Kommission, die Notwendigkeit rechtlicher Entwicklungen zu prüfen, die eine gegenseitige Anerkennung



von Einreiseverboten für Terrorismusverdächtige ermöglichen. Der Rat betont die Notwendigkeit, den Austausch über den Zugang zu digitalen Daten fortzusetzen, auch in Bereichen wie Vorratsdatenspeicherung, Verschlüsselung oder künstliche Intelligenz. Ferner ersucht er die Kommission zu prüfen, ob eine Gesetzgebungsinitiative zur Festlegung von Mindestvorschriften für Straftatbestände und Sanktionen im Bereich des illegalen Waffenhandels angebracht wäre.

[Zu den Schlussfolgerungen](#)

[Pressemitteilung](#)

RECHTSSACHE

Streichung aus Wählerliste für Kommunalwahlen in Frankreich aufgrund des Brexit

Der EuGH hat in der Rechtssache C 673/20 Préfet du Gers und Institut National de la Statistique et des Études Économiques das Urteil erlassen. Danach verfügen britische Staatsangehörige, denen die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte zustanden, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union nicht mehr über das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen in ihrem Wohnmitgliedstaat. EU-Bürger, die ihren Wohnsitz in einem anderen Land der Union haben, können an den dortigen Kommunalwahlen weiterhin teilnehmen.

[Zum Volltext](#) (zum Teil in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

KLIMASCHUTZ

Positionierung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems vorerst im Europäischen Parlament gescheitert – ausgenommen Luftverkehr

Am 08.06.2022 hat sich das Europäische Parlament (EP) im Rahmen seiner Plenartagung nicht auf eine Haltung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems einigen können und die Dossiers zum EU-Emissionshandel, zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und zum Klima-Sozialfonds in den federführenden Umweltausschuss (ENVI) zurückverwiesen (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

Demgegenüber hat das EP eine Entschließung zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems für die Luftfahrt mit 479 Ja-Stimmen zu 130 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen gefasst. Während die Kommission ein Auslaufen kostenloser Emissionszertifikate bis 01.01.2027 vorschlug, möchte das EP den Zeitpunkt auf 01.01.2025 vorziehen. Eine verpflichtende Teilnahme für nicht-europäische Staaten am Internationalen Klimaschutzabkommen für die Zivilluftfahrt (CORSIA) ist erst ab 2027 vorgesehen. Damit käme es für zwei Jahre zu Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Luftverkehr.

Die Europaabgeordneten fordern zudem eine zweckgebundene Verwendung der Einkünfte aus der Versteigerung der Emissionszertifikate. Danach sollen 75 % der Einnahmen zur Förderung von neuen Technologien und Innovationen u. a. zur Dekarbonisierung des Luftverkehrs verwendet werden. Die restlichen Mittel sollen dem globalen Klimaschutzfonds und Projekten für einen gerechten Übergang im Luftverkehr zugutekommen. Dies entspricht der Haltung des Bundesrats, der sich für Investitionen für klimaschutzrelevante Zwecke ausgesprochen hatte.

Ferner möchte das EP die Kommission beauftragen, bis zum 01.01.2026 einen Bericht zu den Auswirkungen von Kurzstreckenflügen auf das Klima vorzulegen. Dabei sollen auch die Auswirkungen alternativer Streckenführungen und höherer Mindestquoten nachhaltiger Flugkraftstoffe berücksichtigt werden. Eine allgemeine Ausrichtung des Rates zum EU-Emissionshandelssystem für den Luftverkehr steht noch aus. Die drei verbleibenden Dossiers zur Reform des EU-Emissionshandelssystems sollen möglichst auf der Plenartagung am 22./23.06.2022 verabschiedet werden.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung des EP](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zu Kompensationspflichten für Emissionen im internationalen Luftverkehr fest

Am 08.06.2022 hat das Europäische Parlament (EP) mit 547 Ja-Stimmen zu 44-Nein Stimmen und 45 Enthaltungen seinen Standpunkt zur Notifizierung von Kompensationspflichten für Emissionen im internationalen Luftverkehr (CORSIA) festgelegt. Bereits am 20.05.2022 hatte der Rat eine allgemeine



Ausrichtung hierzu angenommen (EB 10/22). Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) führte im Jahr 2018 CORSIA als globalen Mechanismus zur Verringerung der CO₂-Emissionen im internationalen Luftverkehr ein. Seit Januar 2021 nehmen die EU-Mitgliedstaaten freiwillig an der Pilotphase teil und müssen ab November 2022 ihren Meldepflichten zu Kompensationen im Rahmen von CORSIA nachkommen. Die Europaabgeordneten fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich für ehrgeizigere Klimaziele auch auf internationaler Ebene einzusetzen. Damit können die Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen. Parallel hat das EP eine Entschließung zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems für die Luftfahrt gefasst (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Entschließung des EP](#)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge fest

Am 08.06.2022 hat sich das Europäische Parlament (EP) mit 339 Ja-Stimmen zu 249-Nein Stimmen und 24 Enthaltungen für eine Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge ausgesprochen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB). Eine Reduzierung der Emissionsgrenzwerte bis 2035 um 100 % käme einem faktischen Verbot des Verbrennungsmotors gleich. Eine allgemeine Ausrichtung des Rates soll am 28.06.2022 erzielt werden. Danach könnten die Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung des EP](#)

EISENBAHNVERKEHR

Kommission führt Konsultation zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur durch

Bis zum 02.09.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Arbeit der EU-Eisenbahnagentur (ERA) für den Zeitraum 2016 - 2021 durch. Bereits im März 2021 hatte die Kommission eine Befragung hierzu durchgeführt (EB 05/21). Die ERA ist für die Ausstellung von Sicherheitsbescheinigungen und Fahrzeuggenehmigungen sowie die Gewährleistung eines interoperablen Eisenbahnverkehrssystems (ERTMS) verantwortlich. Zudem soll zur technischen Harmonisierung und zur Digitalisierung der Eisenbahn in der EU beigetragen werden. Die Endfassung des Bewertungsberichtes soll bis Ende 2022 vorgelegt werden.

[Konsultation der Kommission](#)



BAUEN UND WOHNEN

Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus vergeben

Am 11.06.2022 hat die Kommission die Gewinner der Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) bekanntgegeben (siehe auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Vorzeigeprojekte für die zweite Ausschreibung konnten bis zum 28.02.2022 eingereicht werden (EB 02/22). Die Finalisten wurden am 16.05.2022 veröffentlicht (EB 09/22). In der ersten Preiskategorie schaffte es diesmal kein Projekt aus Deutschland unter die Finalisten bzw. Gewinner.

Zu den Gewinnern aus den vier thematischen Schwerpunkten zählen: (1.) „Rückbesinnung auf die Natur“ – Platz 1: Regeneration von Sanddünsystemen (Barcelona), Platz 2: R-Urban Bagneux: Ein Netzwerk von Bürgerzentren für den ökologischen Wandel (Paris); (2.) „Wiedererlangung des Zugehörigkeitsgefühls“ – Platz 1: Wohnprojekt Gleis 21 (Wien), Platz 2: Genius loci: Ein digitales Kartierungsinstrument für ethische Urbanisierung (Kaunas); (3.) „Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen“ – Platz 1: Pilotprojekt unsichtbare Pflege (Kortrijk), Platz 2: Odyssey Academy: Lebendige NEB-Erfahrung (Athen); (4.) „Ausgestaltung eines kreislauforientierten industriellen Ökosystems“ – Platz 1: REPLAY: Recycling von Spielzeug (Lissabon); Platz 2: Erneuerte Computer für Schulen (Bukarest). Die vier Gewinner erhalten jeweils 30.000 € und die vier Zweitplatzierten jeweils 20.000 €.

In der zweiten Kategorie der jungen Talente schaffte es nur ein Projekt aus Deutschland unter die Gewinner in der Kategorie „Rückbesinnung auf die Natur“: „Kollektive Symbiotische Räume“ als ein interdisziplinäres Projekt zur Erforschung artenreicher Lebensräume für die städtische Tierwelt. Das Projekt erhält 15.000 € Preisgeld. Daneben wurden zwei Publikumspreise vergeben. Die Gewinner wurden im Rahmen des Festivals zum NEB (09.06.2022 - 12.06.2022) in Brüssel gekürt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gewinner der NEB-Preise](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 09.06.2022 in Luxemburg

Am 09.06.2022 tauschten sich die Justizministerinnen und -minister auf dem Justizrat in Luxemburg über das Vorgehen gegen die Straflosigkeit vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine aus. Erörtert wurde etwa der jüngste Vorschlag der Kommission, die Liste der EU-Straftatbestände (Art. 83 Abs. 1 AEUV) auf Verstöße gegen restriktive Maßnahmen auszudehnen. Dafür bedarf es einer Einstimmigkeit im Rat. Der Vorschlag wurde von den Mitgliedstaaten bislang positiv aufgenommen. Kommissar *Reynders* wies zudem darauf hin, dass es das Ziel der EU sei, dass von den Mitgliedstaaten eingezogenes Vermögen in einen Fonds eingezahlt wird, der dem Wiederaufbau der Ukraine zugutekommen soll. Die Justizministerinnen und -minister bekräftigen zudem, für den Schutz von geflüchtete (unbegleitete) Minderjährige sorgen zu wollen. Angenommen wurden auch Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtestrategie. Kommissar *Reynders* informierte die Ministerinnen und Minister ferner über den Stand der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über den Austausch von personenbezogenen Daten. Am 25.03.2022 hatten die Kommission und die USA mitgeteilt, dass sie eine „grundsätzliche Einigung“ über einen Rechtsrahmen erzielt hätten. Die Vorgaben der grundsätzlichen Einigung werden aktuell in einen Rechtstext überführt. Zudem zog der Rat eine Bilanz der Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament zu den Vorschlägen über den Zugang zu elektronischen Beweismitteln in Strafverfahren (E-Evidence) und wurde informiert über den Stand des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Für die vom Rat angenommenen (partiellen) allgemeinen Ausrichtungen siehe die gesonderten Beiträge in diesem EB.

[Tagungsseite des Rates „Justiz und Inneres“](#)

[Zur Pressekonferenz nach dem Justizteil des Rates](#)

[Pressemitteilung zu den Ratsschlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtestrategie](#)

Verordnung über den digitalen Informationsaustausch in Fällen des grenzüberschreitenden Terrorismus – allgemeine Ausrichtung des Rates

Bei ihrem Treffen in Luxemburg am 09.06.2022 erreichten die Justizministerinnen und -minister eine allgemeine Ausrichtung zu dem Verordnungsvorschlag über den digitalen Informationsaustausch in Fällen des grenzüberschreitenden Terrorismus. Die Kommission hatte den Vorschlag im Dezember 2021 vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist es, den digitalen Informationsaustausch in grenzüberschreitenden Terrorismusfällen und die Zusammenarbeit von Eurojust mit Drittstaaten zu stärken. Mit der neuen Verordnung müssen die Mitgliedstaaten Eurojust Informationen über alle strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten übermitteln. Diese Informationen werden in einem modernisierten digitalen Fallbearbeitungssystem von Eurojust gespeichert. Auf diese Weise soll Eurojust schneller ein Abgleich von Daten in grenzüberschreitenden Terrorismusfällen ermöglicht werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Verordnung über die Errichtung einer Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen – allgemeine Ausrichtung des Rates

Am 09.06.2022 nahm der Rat seine Position (allgemeine Ausrichtung) zum Vorschlag für eine Verordnung über eine Kooperationsplattform für gemeinsame Ermittlungsgruppen („joint investigation teams“ – JITs) an. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Effizienz und Wirksamkeit der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Rahmen einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe in grenzüberschreitenden Fällen zu erhöhen. Mit der Kooperationsplattform soll die Kommunikation und Zusammenarbeit innerhalb der gemeinsamen Ermittlungsgruppe erleichtert werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt – partielle allgemeine Ausrichtung des Rates

Die Justizministerinnen und -minister fanden am 09.06.2022 eine partielle Einigung zu den Straftatbeständen des Richtlinienvorschlags zum strafrechtlichen Schutz der Umwelt. Der Vorschlag der Kommission von Dezember 2021 sieht im Vergleich zu der aufzuhebenden umweltstrafrechtlichen Richtlinie aus dem Jahr 2008 teilweise neue Straftatbestände sowie detailliertere und weitergehende Sanktionsvorgaben für natürliche und juristische Personen vor. Neben der partiellen Einigung zu den Straftatbeständen gab es eine Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister zu den Sanktionsvorgaben des Vorschlags.

[Tagungsseite des Rats „Justiz und Inneres“](#)

Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie – allgemeine Ausrichtung des Rates

Am 09.06.2022 nahm der Rat seine Position (allgemeine Ausrichtung) zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie (Richtlinie 2008/48/EG) an. Sie gibt der Ratspräsidentschaft ein Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, sobald dieses seinen Standpunkt festgelegt hat. Ziel der Überarbeitung ist es, die Verbraucherrechte vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung zu stärken und den Binnenmarkt für Verbraucherkredite weiter zu harmonisieren. So soll die Überarbeitung der Richtlinie etwa sicherstellen, dass Informationen zu Krediten klarer und verständlicher werden und leichter auf digitalen Geräten angeboten werden können. Die allgemeine Ausrichtung enthält – anders als der Kommissionvorschlag – eine Maximalfrist für die Ausübung des Widerrufsrechts von zwölf Monaten und 14 Tagen nach Vertragsschluss, die jedoch nicht gilt, wenn der Verbraucher nicht (vorschriftsgemäß) über das Widerrufsrecht belehrt worden ist. Damit wird jedenfalls zu großen Teilen das Problem des sog. ewigen Widerrufsrechts gelöst und für mehr Rechtssicherheit gesorgt. Weitere wichtige Änderungen im Vergleich zum Kommissionvorschlag sind die Ausnahme von Crowdfunding-Direktkreditleistungen vom Anwendungsbereich sowie ein erleichtertes Regelungsregime für neu in den Anwendungsbereich einbezogene Kreditformen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Allgemeine Ausrichtung des Rates

Terrorismus: Rat nimmt Schlussfolgerungen an, um weitere Maßnahmen zum Schutz der Europäer zu fördern

Der Rat nahm am 09.06.2022 Schlussfolgerungen zu den Erfolgen und den nächsten Schritten beim Schutz vor dem Terrorismus an (siehe dazu auch Beitrag des StMI in diesem EB). Darin weist der Rat u. a. auf die Notwendigkeit der Vorratsdatenspeicherung für die Bekämpfung von Terrorismus hin, betont aber zugleich, dass die Vorgaben des EuGH sowie die uneingeschränkte Achtung der Grundrecht und -freiheiten gewahrt bleiben müsse. Der Rat betont ferner, dass der Zugang zu digitalen Informationen, einschließlich verschlüsselter Daten, für den Kampf gegen Terrorismus unerlässlich ist.

[Zu den Schlussfolgerungen](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Tagung des EU-Forschungsministerrates

Am 10.06.2022 kamen die EU-Forschungsministerinnen und -minister zu einer Ratstagung unter französischer Ratspräsidentschaft in Luxemburg zusammen.

Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung von folgenden drei Ratschlussfolgerungen:

- Werte und Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation: Diese betonen die Wichtigkeit der internationalen Kooperation im F&I-Bereich, aber ebenso die Einhaltung elementarer Grundsätze wie Geschlechtergerechtigkeit, Forschungsfreiheit und Schutz geistigen Eigentums. Ergänzend hierzu beschloss der Rat auch ein Statement zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Forschung und Innovation.
- Open Science und Reform der Forschungsbewertung: Diese sollen politische Impulse setzen für weitere Überlegungen zu einer Reform des Systems der Forschungsbewertung und den Kapazitätsaufbau für akademische Publikationen.
- Europäische Missionen: diese formulieren Leitlinien für die Governance der Missionen unter Horizont Europa.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war eine Orientierungsaussprache, in der Möglichkeiten zur Unterstützung von Nachwuchsforscherinnen und -forschern, v. a. im Hinblick auf die aktuellen Krisen erörtert wurden. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich darüber aus, wie die Arbeitsbedingungen und die Berufsperspektiven für diese Gruppe weiter verbessert werden können. Dies sei unerlässlich, um weiter die besten Köpfe für europäische Forschungseinrichtungen zu gewinnen bzw. zu halten. Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine hätten bestehende Schwierigkeiten weiter verschärft, sodass gemeinsame europäische Anstrengungen zur Bewältigung dieser Krisen wünschenswert seien.

[Tagungsseite des Rates](#)

[Ratschlussfolgerungen zu Werten und Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation](#) (in englischer Sprache)

[Statement zum Krieg in der Ukraine](#) (in englischer Sprache)

[Ratschlussfolgerungen zu Offener Wissenschaft](#) (in englischer Sprache)

[Ratschlussfolgerungen zu Europäischen Missionen](#) (in englischer Sprache)

Preise zum Neuen Europäischen Bauhaus vergeben

Im Rahmen des ersten Festivals zum Neuen Europäischen Bauhaus (NEB) haben am 11.06.2022 die Kommissarinnen *Mariya Gabriel* und *Elisa Ferreira* die Gewinner der NEB Preise 2022 verliehen (siehe auch Beitrag des StMB in diesem EB). Mit den Preisen, die Anfang d. J. ausgeschrieben wurden (EB 02/22), werden



inspirierende neue Beispiele und Projekte ausgezeichnet, die die zentralen Werte des NEB Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion besonders überzeugend verkörpern.

In vier Kategorien wurden jeweils vier Preise vergeben, zwei davon als „NEB Awards“ für bereits abgeschlossene Projekte und zwei als „Rising Stars“ für Ideen junger Talente bis 30 Jahre. In der Kategorie „Rückbesinnung auf die Natur“ kommen die Gewinner aus Spanien, Frankreich, Deutschland und Polen. Die Preise in der Kategorie „Wiedererlangung eines Zugehörigkeitsgefühls“ werden an Projekte aus Österreich, Litauen, Polen und der Tschechischen Republik vergeben. Die besten Projekte in der Kategorie „Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen“ kommen aus Belgien, Griechenland, Italien und Ungarn. In der Kategorie „Ausgestaltung eines kreislauforientierten industriellen Ökosystems und Unterstützung des Lebenszyklusdenkens“ gehen die Preise nach Portugal, Rumänien, Finnland und Italien.

Zwei Preise wurden als Ergebnis einer öffentlichen Abstimmung vergeben: Diese sind das Projekt „Gärten der Zukunft“ aus Zypern und „Biophotovoltaik für Natur und Mensch“ aus Spanien.

[Webseite der NEB Preise mit Links zu den ausgezeichneten Projekten](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

ECON-Ausschuss am 13./14.06.2022

Am 13./14.06.2022 fand eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament (EP) statt.

Die Berichterstatterin *Lídia Pereira* präsentierte einen Berichtsentwurf über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung von Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für steuerliche Zwecke. Sie betonte insbesondere, dass das Fehlen eines solchen internationalen Instruments eine erhebliche Lücke bei den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung darstelle. Die in dieser Richtlinie festgelegten Rechtsnormen haben daher eine große Bedeutung.

Zur Einführung des Euro in Kroatien am 01.01.2023 präsentierte der Berichterstatter *Siegfried Mureşan* einen Berichtsentwurf. Er sah alle Kriterien als erfüllt an und betonte, dass der politische Wille der kroatischen Regierung, auch weitere benötigte Reformen einzuführen, vorhanden sei. Kroatien habe die Unabhängigkeit von russischer Energie und russischem Gas verbessert. Die technischen Vorbereitungen für die Euroeinführung seien bereits in die Wege geleitet.

[Stream der Ausschusssitzung am 13.06.2022](#)

[Stream der Ausschusssitzung am 14.06.2022](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

EZB-Ratssitzung vom 09.06.2022: in Aussicht gestellte Erhöhung von Leitzinsen

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 09.06.2022 beschlossen, seine Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) ab Juli 2022 einzustellen und die Leitzinsen im Juli um 25 Basispunkte sowie im September zu erhöhen. In der gegenwärtigen, von hoher Unsicherheit geprägten Situation will er bei der Durchführung der Geldpolitik weiterhin Optionalität, Datenabhängigkeit, Gradualismus und Flexibilität wahren. Die jährliche Inflationsrate wurde gegenüber den März-Projektionen deutlich nach oben und die Jahreswachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Jahren 2022 sowie 2023 nach unten korrigiert.

In der Pressekonferenz erläuterte EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* Entscheidungsgründe des EZB-Rates und wies darauf hin, dass er sicherstellen möchte, dass die Inflation mittelfristig auf den Zielwert von 2 % zurückkehrt. Sie betonte, dass marktbasierende Indikatoren darauf hindeuten, dass die Energiepreise weltweit auf kurze Sicht hoch bleiben, dann aber in gewissem Umfang nachgeben werden. Den neuen Projektionen zufolge wird die jährliche Inflationsrate 2022 bei 6,8 % liegen, bevor sie in den Jahren 2023 und 2024 auf 3,5 % bzw. 2,1 % zurückgehen wird (lt. März-Projektionen: im Jahr 2022 bei 5,1 %, im Jahr 2023 bei 2,1 % und im Jahr 2024 bei 1,9 %).



[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 09.06.2022](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin Christine Lagarde und von Vizepräsidenten Luis de Guindos zur Pressekonferenz vom 09.06.2022](#)

[Pressekonferenz ansehen](#)

Ad-hoc-Sitzung des EZB-Rats vom 15.06.2022: Wiederanlage der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio und ein neues Instrument zur Bekämpfung der Fragmentierung

Am 15.06.2022 fand eine ad-hoc-Sitzung des Rates der Europäischen Zentralbank (EZB) statt. Der EZB-Rat hat beschlossen, dass er bei Wiederanlage der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im Portfolio des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.

Die EZB ist also bereit, die Renditen von Staatsanleihen gezielt zu senken. Sie kann ihre Reinvestitionen auf Anleihen von Ländern konzentrieren, deren Staatsanleiherenditen stärker als die anderer Länder gestiegen sind. Beobachter gehen davon aus, dass hiervon vor allem die Anleihen Italiens und Griechenlands profitieren werden. Denn in den vergangenen Tagen waren die Kapitalmarktzinsen in südeuropäischen Ländern besonders deutlich gestiegen. Der Renditeabstand (der Spread) zwischen Staatsanleihen aus Deutschland und denen höher verschuldeter Euroländer hat sich stark ausgeweitet. Das könnte für solche Staaten wie Italien angesichts schon gewaltiger Schuldenberge zum Problem werden.

[Ergebnisse der Sitzung des EZB-Rates vom 15.06.2022](#)

ECON-Ausschuss am 15.06.2022: u. a. digitaler Euro

Am 15.06.2022 fand eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) im Europäischen Parlament (EP) statt, an der *Fabio Panetta*, Mitglied des EZB-Direktoriums, teilgenommen hat.

Fabio Panetta betonte, dass die EZB einen digitalen Euro konzipiert, der es ermöglicht, Zentralbankgeld für digitale Zahlungen einzusetzen. Es handelt sich um ein digitales Zahlungsmittel, mit dem Menschen in Europa überall im Euroraum ihre Alltagseinkäufe erledigen können. Von der Zentralbank ausgegebenes digitales Geld, das allen zur Verfügung steht, wäre ein Stabilitätsanker für den Zahlungsmarkt. Zentralbankgeld und privates Geld würden in bewährter Weise weiterhin nebeneinander existieren. Bei der Bereitstellung des digitalen Euro werden Finanzintermediäre eine Schlüsselrolle spielen. Die EZB arbeitet bereits daran, frühzeitig allen etwaigen unerwünschten Folgen entgegenzuwirken, die die Ausgabe eines digitalen Euro auf die Geldpolitik, die Finanzstabilität und die Allokation von Krediten an die Realwirtschaft haben könnte.



[Stream der Ausschusssitzung am 15.06.2022](#)

EU-HAUSHALT

EU-Haushalt 2023: Europa in die Lage versetzen, auch in Zukunft eine sich wandelnde Welt mitzugestalten

Die Kommission hat am 07.06.2022 einen EU-Jahreshaushalt in Höhe von 185,6 Mrd. € für 2023 vorgeschlagen (um 2,1 % mehr gegenüber dem derzeitigen Haushaltsplan), der durch Finanzhilfen in Höhe von ca. 113,9 Mrd. € im Rahmen von NextGenerationEU (NGEU) ergänzt werden soll. Insgesamt sollen daher rund 300 Mrd. € an Finanzmitteln bereitstehen.

Der Haushaltsplan für 2023 zielt darauf ab, die Erholung von der Coronavirus-Pandemie anzukurbeln, Europa den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu weisen und Arbeitsplätze zu schützen bzw. zu schaffen sowie die strategische Autonomie der Union zu verbessern. Im weiteren Jahresverlauf werden auch ergänzende Vorschläge zur Finanzierung der internen und externen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs vorgelegt. Die Kommission schlägt u. a. folgende Mittelzuweisungen (Mittel für Verpflichtungen) vor: 103,5 Mrd. € an Finanzhilfen aus NGEU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität, 53,6 Mrd. € für die Gemeinsame Agrarpolitik und 46,1 Mrd. € für regionale Entwicklung und Kohäsion.

[Pressemitteilung der Kommission vom 07.06.2022](#)

[Fragen und Antworten: Entwurf des Jahreshaushalts 2023](#)

[Dokumente](#)

[Jährliche Haushaltspläne online](#)

Jährliche Management- und Leistungsbilanz 2021: Schlüsselrolle des EU-Haushalts bei der Unterstützung der Erholung in der EU

Am 07.06.2022 hat die Kommission die jährliche Management- und Leistungsbilanz für den EU-Haushalt 2021 vorgelegt. Demnach haben EU-Mittel maßgeblich zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen beigetragen (u. a. Einführung des digitalen Corona-Zertifikats, Beschaffung medizinischer Ausrüstung, Unterstützung für medizinisches Personal). Etwa 1,9 % der Mittel seien falsch ausgegeben worden. Das liege jedoch unter der vom Europäischen Rechnungshof angewandten Wesentlichkeitsschwelle von 2 %.

Im Jahr 2021 hat die Kommission bei der Verwaltung des Haushalts ein hohes Maß an Flexibilität an den Tag gelegt, um sich konkret ergebende Herausforderungen zu bewältigen. Sie hat mit der Aufnahme von Mitteln über NextGenerationEU (NGEU) begonnen und auf der Grundlage der genehmigten Aufbau- und Resilienzpläne erste Auszahlungen vorgenommen. Insgesamt wurden 34,6 % der Mittel aus dem EU-Haushalt und aus NGEU bzw. 146 Mrd. € für die Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt (= zwei Drittel des Betrags, der im Gesamtzeitraum 2014 - 2020 für Klimaschutz und Digitalisierung ausgegeben wurde).



[Pressemitteilung der Kommission vom 07.06.2022](#)

[Jährliche Management- und Leistungsbilanz](#)

STEUERN

Bessere Durchsetzung der Steuergesetze zur Stärkung der Task Force „Freeze and Seize“

Die Kommission und die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten haben am 08.06.2022 im Rahmen der Task Force „Freeze and Seize“ eine Untergruppe für die Durchsetzung von Steuergesetzen eingerichtet, die härter gegen sanktionierte russische und belarussische Einzelpersonen und Unternehmen vorgehen soll. Diese Untergruppe wird dazu beitragen, mögliche Steuerstraftaten aufzudecken und nicht gezahlte Steuern einzutreiben. Insbesondere soll sie u. a. prüfen, ob Steuerinformationen im Hinblick auf sanktionierte Einzelpersonen und Unternehmen vorhanden sind, oder ob neue Betriebsprüfungen oder Untersuchungen durchgeführt werden sollen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 08.06.2022](#) (in englischer Sprache)

OLAF im Jahr 2021: mehr als 527 Mio. € aus EU-Haushalt missbraucht oder zweckentfremdet

Im Jahr 2021 hat das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) Maßnahmen zur (Wieder-)Einzahlung von insgesamt über 527 Mio. € zugunsten des EU-Haushalts empfohlen – rund 234 Mio. € mehr als im Jahr zuvor. Im am 08.06.2022 veröffentlichten Bericht für 2021 werden neue Betrugstrends in zahlreichen Bereichen beleuchtet sowie Untersuchungen und operative Maßnahmen vorgestellt, die sich insbesondere mit umweltschädigenden Betrugsmustern oder mit groß angelegten Betrugsdelikten im Zollbereich und beim Schmuggel von Abfällen befassen.

Insbesondere hat eine spezielle Taskforce des OLAF die nationalen Pläne auf angemessene Maßnahmen zur Betrugsverhütung geprüft und den bei der Kommission für die Genehmigung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zuständigen Kollegen direkt Bericht erstattet. Beispielsweise wurde ein Betrugsfall in Italien aufgedeckt, bei dem ein Scheinunternehmen Förderungen für den Anbau von Bio-Wein bezog, allerdings nicht den Bio-Kriterien entsprechend Wein produzierte.

[OLAF-Bericht fürs Jahr 2021](#) (in englischer Sprache)

Verlängerung der fakultativen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft und des Schnellreaktionsmechanismus im Hinblick auf Mehrwertsteuerbetrug

Am 11.06.2022 trat die Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Verlängerung des Anwendungszeitraums der fakultativen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft bei Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen und des Schnellreaktionsmechanismus gegen



Mehrwertsteuerbetrug in Kraft. Danach wird der Geltungszeitraum der in der MwSt-Richtlinie vorgesehenen Betrugsbekämpfungsmaßnahmen um einen weiteren begrenzten Zeitraum – bis zum 31.12.2026 – verlängert.

[Mitteilung der Kommission vom 13.06.2022](#) (in englischer Sprache)

[Text der o. g. Richtlinie](#)

Öffentliche Konsultation zu technischen Modalitäten bei der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Am 14.06.2022 hat die Kommission eine gezielte öffentliche Konsultation zu technischen Modalitäten bei der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung gestartet. Diese läuft bis zum 12.07.2022.

Geplant ist eine Durchführungsverordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 vom 15.12.2015. Dabei geht es um folgende Änderungen / Ergänzungen:

- Es sollte ein neuer Artikel Art. 2f eingefügt werden, der u. a. Übermittlung von Informationen über Plattformbetreiber an das Zentralregister mit Hilfe von Standardformularen sowie Aufbewahrungsfrist für die aus dem Zentralregister gelöschten Informationen regelt.
- Ein neuer Absatz 3 im Art. 2 der Durchführungsverordnung vom 15.12.2015 sollte Modalitäten des obligatorischen automatischen Informationsaustausches bestimmen.
- Art. 2d Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 15.12.2015 sollte ergänzt werden.

[Kommissionsinitiative zu technischen Modalitäten bei der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung](#)

[Übersicht aller veröffentlichten Kommissionsinitiativen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets: Politische Einigung zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission erzielt

Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission haben am 07.06.2022 eine politische Einigung über den Richtlinienentwurf für einheitliche Ladegeräte für Mobiltelefone und Tablets erzielt. Zuletzt hatte das EP am 04.05.2022 seine Position hierzu im Plenum festgelegt (EB 09/22). Mit der Richtlinie wird ein USB-C-Ladeanschluss für eine breite Palette von elektronischen Geräten verbindlich vorgeschrieben, u. a. für Mobiltelefone, Tablets und E-Reader, Digitalkameras und Videospielkonsolen, Kopfhörer, Ohrstöpsel und tragbare Lautsprecher, Computermäuse und drahtlose Tastaturen sowie tragbare Navigationssysteme. Dadurch können die genannten Geräte mit demselben Ladegerät aufgeladen und Elektroschrott reduziert werden. Für die Mehrzahl der Geräte müssen die neuen Vorschriften 24 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie umgesetzt werden. Darüber hinaus werden 40 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie auch alle Laptops von den neuen Vorschriften erfasst sein. Nach vier Jahren soll die Kommission prüfen, ob der getrennte Verkauf von Gerät und Ladegerät verbindlich vorgeschrieben werden sollte. In einem nächsten Schritt erfolgen die formellen Zustimmungen von Rat und EP.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament legt Standpunkt zur Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge fest

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben in ihrer Plenarsitzung am 08.06.2022 ihre Positionierung zum Verordnungsvorschlag der Kommission zur Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge (EB 13/21) festgelegt. Dabei sprachen sie sich, wie von der Kommission vorgeschlagen, für eine Reduzierung der Emissionen bis 2035 um 100 % im Vergleich zu 2021 aus, was einem faktischen Verbot des Verbrennungsmotors gleichkommt. Die Zwischenziele für 2030 liegen bei 55 % (statt bisher 37,5 %) für Pkw und 50 % für die leichten Nutzfahrzeuge. In einem nächsten Schritt steht nun die Positionierung im Rat an, diese wird voraussichtlich am 28.06.2022 im Rahmen des Umweltrates erfolgen. Sobald der Rat seine Position ebenfalls festgelegt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des EP](#)



Taxonomie: Ausschüsse des Europäischen Parlaments sprechen sich für Ablehnung des delegierten Rechtsakts zu Gas- und Kernenergietätigkeiten aus

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) der beiden federführenden Ausschüsse haben sich am 14.06.2022 für die Ablehnung des delegierten Rechtsakts zum Umgang mit Gas- und Kernenergie im Rahmen der Taxonomie-Verordnung (EB 03/22) ausgesprochen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) stimmten mit 76 zu 62 Stimmen bei 4 Enthaltungen für die Annahme eines Entschließungsantrags mit Einwänden gegen den delegierten Rechtsakt. Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass die von der Kommission vorgeschlagenen technischen Kriterien nicht den Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten entsprechen, wie sie in der Taxonomie-Verordnung festgelegt sind. Sie fordern zudem, dass alle neuen oder geänderten delegierten Rechtsakte einer öffentlichen Konsultation und einer Folgenabschätzung unterzogen werden sollten, da sie erhebliche wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen haben können.

In einem nächsten Schritt wird nun das gesamte Plenum des EP im Rahmen der nächsten Plenarsitzung vom 04.07.2022 - 07.07.2022 über die Ablehnung des delegierten Rechtsakts abstimmen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt Verlängerung der Finanzierungsfrist für den paneuropäischen Garantiefonds für Unternehmen

Die Kommission hat am 14.06.2022 eine Verlängerung der Finanzierungsfrist für den paneuropäischen Garantiefonds für Unternehmen nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Bisher war die Frist für Banken, neue Finanzierungen für Unternehmen bereitzustellen, der 30.06.2022. Die Verlängerung bis zum 31.12.2022 ermöglicht es den Banken, ein halbes Jahr länger Darlehen und andere Finanzierungsmöglichkeiten in die Garantie des Fonds aufzunehmen und damit den Finanzierungsbedarf der von der Coronavirus-Pandemie betroffenen europäischen Unternehmen, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, weiter zu decken. Die Kommission genehmigte die Einrichtung des Fonds im Dezember 2020 (EB 20/20) und seine anschließende Änderung im November 2021 (EB 19/21). Der Fonds wird von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwaltet. Neben Deutschland haben sich 21 weitere Mitgliedstaaten am Fonds beteiligt.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Brexit-Anpassungsreserve: Kommission genehmigt Vorfinanzierung für u. a. Deutschland

Die Kommission hat am 16.06.2022 die Auszahlung von 627 Mio. € aus der Brexit-Anpassungsreserve an Deutschland, Griechenland, Zypern und Ungarn genehmigt. Mit dem Beschluss werden 435 Mio. € im Jahr 2022 und die restlichen 192 Mio. € bis Ende April 2023 zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen den Mitgliedstaaten helfen, die negativen Auswirkungen des Brexit auf ihre Volkswirtschaften abzufedern, indem sie Regionen und Wirtschaftssektoren, kleine und mittlere Unternehmen sowie die Schaffung und Sicherung



von Arbeitsplätzen unterstützen, z. B. durch Kurzarbeitsregelungen, Umschulung und Weiterbildung. Die Mittel können bis zum 31.12.2023 zur Deckung der seit dem 01.01.2020 entstandenen und gezahlten Ausgaben verwendet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

Terroristische Online-Inhalte: Regeln gelten seit 07.06.2022 in der EU

Seit 07.06.2022 gelten in der EU die Regelungen der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte. Die Verordnung zielt darauf ab, dass Behörden Internetplattformen dazu auffordern können, binnen einer Stunde terroristische Online-Inhalte von den Plattformen zu entfernen. Sie soll auch dazu beitragen, der Verbreitung extremistischer Ideologien im Internet entgegenzuwirken. Die Verhandlungsführer von Rat, Europäischem Parlament und Kommission hatten zu dem Vorschlag im März 2021 eine politische Einigung erzielt (EB 06/21).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kartellrecht: Unangekündigte Nachprüfungen im Wasserinfrastruktursektor

Die Kommission hat am 14.06.2022 in einem Mitgliedstaat unangekündigte Nachprüfungen bei Unternehmen durchgeführt, die im Bau von Netzen und Aufbereitungsanlagen für Trinkwasser und für Abwasser tätig sind. Aus Sicht der Kommission bestehen Bedenken, dass die überprüften Unternehmen gegen Vorschriften des EU-Wettbewerbsrechts verstoßen haben könnten. Unangekündigte Nachprüfungen sind ein erster Schritt bei der Untersuchung mutmaßlicher wettbewerbswidriger Verhaltensweisen. Daraus können noch keine Schlüsse gezogen werden, ob sich die Unternehmen tatsächlich wettbewerbswidrig verhalten haben, vielmehr wird die Untersuchung ergebnisoffen durchgeführt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Unterstützung ukrainischer Start-ups durch den Europäischen Innovationsrat mit 20 Mio. €

Die Kommission hat am 09.06.2022 eine gezielte Änderung des Arbeitsprogramms 2022 des Europäischen Innovationsrats (EIC) auf den Weg gebracht, um mit insgesamt 20 Mio. € mindestens 200 ukrainische technologieintensive Start-ups mit jeweils bis zu 60.000 € zu fördern. Zudem soll der EIC nichtfinanzielle Unterstützung wie etwa Beratungsdienste für Unternehmen sowie die Vermittlung von Kontakten anbieten. Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass ukrainische Innovatoren besser in der Lage sind, mit dem europäischen Innovationssystem zu interagieren, neue Märkte zu erschließen und die europäischen Finanzierungsinstrumente zu nutzen.



Zudem ist am 09.06.2022 das Abkommen über die Assoziierung der Ukraine mit dem Programm Horizont Europa und dem Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung nach der Ratifizierung durch die Ukraine in Kraft getreten. Damit stehen europäischen und ukrainischen Forschenden und Innovatoren, Hochschulen und Unternehmen (einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)) alle Möglichkeiten offen, zu gleichen Bedingungen zusammenzuarbeiten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Weltraum: Rat nimmt Schlussfolgerungen zu Copernicus und zum Weltraumverkehrsmanagement an

Die für Raumfahrt zuständigen Minister der Mitgliedstaaten haben am 10.06.2022 Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Copernicus bis 2035“ sowie zu einem EU-Konzept für das Weltraumverkehrsmanagement angenommen.

Copernicus ist das Erdbeobachtungsprogramm der EU, das Informationsdienste auf der Grundlage der Satelliten-Erdbeobachtung und nicht weltraumgestützten Daten anbietet. Diese Daten dienen der Unterstützung bei u. a. Notfallmaßnahmen, globaler Ernährungssicherheit, Bekämpfung des Klimawandels, Grenzkontrollen und der nationalen Sicherheit. Die Schlussfolgerungen sollen dazu beitragen, die Zukunft des Weltraumprogramms Copernicus voranzutreiben, und enthalten eine Vision für 2035 in den Bereichen Grüner Deal, digitaler Wandel und Sicherheit, um zur Erreichung des Ziels, eines widerstandsfähigen Europas beizutragen.

Durch das Weltraumverkehrsmanagement sollen Kollisionsrisiken verringert und eine nachhaltige und sichere Nutzung des Weltraums gewährleistet werden. In den Schlussfolgerungen hierzu betonen die Minister die Notwendigkeit, die Fähigkeiten der EU in den Bereichen Weltraumlageerfassung und Verfolgung von Objekten zu stärken und die Regulierungs- und Standardisierungsmaßnahmen zu koordinieren.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen zu Copernicus](#) (in englischer Sprache)

[Ratsschlussfolgerungen zum Weltraumverkehrsmanagement](#) (in englischer Sprache)

AUßENWIRTSCHAFT

Ausfuhrkontrollen gegenüber Russland: EU und USA kündigen verstärkte Zusammenarbeit an

Die Kommission und das US-Handelsministerium haben am 03.06.2022 festgelegt, die Koordinierung bei der Durchsetzung der Ausfuhrkontrollen gegenüber Russland zu verstärken und dabei auf der Zusammenarbeit im Rahmen des EU-US-Handels- und Technologierates aufzubauen. Bei einem Treffen in Brüssel erörterten der stellvertretende Handelsminister *Don Graves*, der US-Botschafter bei der Europäischen Union, *Mark Gitenstein*, und der stellvertretende Minister für die Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen, *Matthew Axelrod*, die Durchsetzung der Ausfuhrkontrollen mit *Björn Seibert*, dem Kabinettschef der Präsidentin



der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, und *Sabine Weyand*, Generaldirektorin für Handel, sowie *Gerassimos Thomas*, Generaldirektor für Steuern und Zollunion.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

EU, Ägypten und Israel intensivieren ihre Zusammenarbeit im Bereich Energie

Die EU und Ägypten haben am 15.06.2022 eine gemeinsame Erklärung zum Thema Klima, Energie und ökologischer Wandel abgegeben und zusammen mit Israel eine trilaterale Vereinbarung über die Ausfuhr von Erdgas nach Europa unterzeichnet. Die gemeinsame Erklärung der EU und Ägyptens verpflichtet beide Seiten, zusammen an einer globalen, gerechten Energiewende, an der Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, an der Eindämmung von Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels und an einer Aufstockung der Klimaschutzfinanzierung zu arbeiten, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden. Die Zusammenarbeit soll sich auf erneuerbare Energiequellen, Wasserstoff und Energieeffizienz konzentrieren. Im Besonderen soll eine Wasserstoffpartnerschaft für den Mittelmeerraum entwickelt werden. Die trilaterale Vereinbarung zwischen der EU, Ägypten und Israel soll vor dem Hintergrund der russischen Invasion der Ukraine alternative Gaslieferungen für Europa sichern. Das Erdgas aus Israel, Ägypten und anderen Quellen im östlichen Mittelmeerraum soll dabei über die ägyptische LNG-Exportinfrastruktur nach Europa geliefert werden. Darüber hinaus möchten die Parteien die Verringerung von Methanaustritten fördern und sich darum bemühen, dass künftige Investitionen weder zu Wasser noch zu Lande Verschmutzungen verursachen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung der EU und Ägyptens](#) (in englischer Sprache)

[Vereinbarung zwischen der EU, Ägypten und Israel](#) (in englischer Sprache)

Handelspolitik: Koalition zwischen EU, Ecuador, Kenia und Neuseeland zur Bekämpfung des Klimawandels

Die EU-Handelsminister haben am 13.06.2022 mit Ecuador, Kenia und Neuseeland eine Koalition geschlossen, um ihren künftigen Handel klimafreundlicher zu gestalten. Dies soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Klima und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet werden und dabei soll insbesondere der Klimawandel in den Vordergrund der Handelspolitik gerückt werden. Die konkrete Umsetzung der Koalition soll erst im Juli beginnen, ein erstes offizielles Treffen ist für Anfang 2023 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Handelspolitik: Rat nimmt Schlussfolgerungen zur WTO an

Die EU-Handelsminister haben am 12.06.2022 zu Beginn der 12. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) Ratsschlussfolgerungen angenommen. In diesen betonen sie u. a. die Bedeutung eines offenen und regelbasierten multilateralen Handelssystems für die EU, in dessen Mittelpunkt



eine modernisierte WTO stehe. Daher sei der Reform der WTO besondere Bedeutung beizumessen und die EU beabsichtige hierbei eine führende Rolle zu übernehmen. Es sei wichtig, die WTO in ihren Kernaufgaben zu reformieren, damit sie ihre Ziele weiterhin verwirklichen und die aktuellen Herausforderungen meistern könne, auch indem gleiche Wettbewerbsbedingungen sichergestellt würden. Insbesondere Klimaschutz und Nachhaltigkeit müssten einen festen Platz auf der WTO-Agenda erhalten. Auch die verschärfenden Herausforderungen für die Ernährungssicherheit aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine sowie die Reaktion der WTO auf die COVID-19-Pandemie seien von entscheidender Bedeutung.

[Ratsschlussfolgerungen zur WTO](#)

Internationales Beschaffungswesen: Europäisches Parlament nimmt Einigung zur Förderung der Gegenseitigkeit beim Marktzugang formell an

Das Europäische Parlament (EP) hat am 10.06.2022 die im März zwischen EP, Rat und Kommission erzielte vorläufige Einigung über die Verordnung zur Schaffung eines Instruments für das internationale Beschaffungswesen (IPI) (EB 06/22) bestätigt. Das Instrument führt Maßnahmen ein, die den Zugang von Nicht-EU-Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU einschränken, wenn die Regierungen dieser Länder Unternehmen aus der EU keinen vergleichbaren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewähren. Die Maßnahmen gelten für Ausschreibungen im Wert von mindestens 15 Mio. € für Bauleistungen und Konzessionen und 5 Mio. € für Waren und Dienstleistungen. Sobald auch der Rat die vorläufige Einigung offiziell verabschiedet hat, kann diese am 60. Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten.

[Pressemitteilung des EP](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Europäisches Parlament fordert eine strikere Reduktion der Treibhausgasemissionen seitens der Mitgliedstaaten

Am 08.06.2022 hat das Europäische Parlament (EP) im Rahmen seiner Plenartagung seine Verhandlungsposition zur Novellierung der Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen der Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021 - 2030 mit 437 Ja-Stimmen bei 142 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen festgelegt. Als Teil des Fit-für-55 Pakets hat die Kommission am 14.07.2021 einen Vorschlag zur Änderung der sog. Lastenteilungsverordnung ([Verordnung \(EU\) 2018/842](#)) vorgelegt ([COM\(2021\) 555 final](#)). Die Abgeordneten fordern eine strikere Reduktion der Treibhausgasemissionen durch die Mitgliedstaaten, mehr Transparenz und weniger Flexibilität bei der Übertragung von Emissionszertifikaten. Die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, Zertifikate mit anderen Mitgliedstaaten zu handeln, sollen beschränkt werden. Das EP fordert eine Zweckbindung der Einnahmen aus dem Emissionshandel zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen. Bis zum Juli 2023 soll die Kommission dem EP und Rat einen umfassenden Bericht zur unionsweiten Minderung von Nicht-CO₂-Emissionen mit ggf. einem entsprechenden Legislativvorschlag zur Verringerung der Nicht-CO₂-Emissionen vorlegen.

Sobald der Rat zur Novellierung der Lastenteilungsverordnung seine allgemeine Ausrichtung erzielt hat, können die interinstitutionellen Verhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Bericht](#)

Positionierung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems vorerst im Europäischen Parlament gescheitert

Am 08.06.2022 hat sich das Europäische Parlament im Rahmen seiner Plenartagung nicht auf eine Haltung zur Reform des EU-Emissionshandelssystems einigen können (ausgenommen Emissionshandelssystem für die Luftfahrt; siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB). Die Dossiers zur Novellierung des EU-Emissionshandels, zum CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und zum Klima-Sozialfonds wurden mit 495 Ja-Stimmen zu 120 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen in den federführenden Umweltausschuss (ENVI) zurückverwiesen. Grund für die Zurückweisung war, dass bei den davor durchgeführten Einzelabstimmungen keine tragfähige breite Mehrheit für einen Kompromiss insbesondere bei den strittigen Fragen nach einer ambitionierten Emissionsreduktion und nach dem richtigen Zeitpunkt für ein Auslaufen der kostenfreien Zuteilung von Zertifikaten sowie zum Übergang des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus erzielt werden konnte. Es wird ein breiter Kompromiss zu den drei Gesetzentwürfen seitens der Koordinatoren der



Fraktionen angestrebt, damit der Standpunkt des Parlaments möglichst bereits auf der Plenartagung am 22./23.06.2022 verabschiedet werden kann.

[Abstimmungsergebnisse](#)

EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“ startet mit 118 Regionen und Kommunen

Am 07.06.2022 gab die Kommission die ersten [118 Regionen und Kommunen](#) bekannt, die an der EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel teilnehmen werden und die Charta der Mission unterzeichneten. Unter den Unterzeichnern aus 18 Mitgliedstaaten befindet sich mit der Stadt Ingolstadt auch eine bayerische Kommune. Ziel der Mission ist es, mindestens 150 Regionen und Kommunen darin zu unterstützen, bis 2030 klimaresilient zu werden, d. h. Klimarisiken besser zu verstehen, entsprechende Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen zu treffen und neue Lösungen für den Aufbau von Resilienzen zu entwickeln. Beispielsweise betreffen Forschungsmaßnahmen den Wiederaufbau von Gebieten nach Extremwetterereignissen, die Wiederherstellung von Überschwemmungsgebieten oder die Schaffung der „perfekt angepassten“ Stadt, die Stürmen und Hitzewellen trotzt. Für die Mission werden im Zeitraum 2021 - 2023 Mittel in Höhe von 370 Mio. € im Rahmen des Förderprogramms „Horizon Europe“ bereitgestellt. Die Kommission und der Ausschuss der Regionen rufen weitere Bewerber aus allen Mitgliedstaaten auf, sich der Charta anzuschließen, um eine möglichst breite Wirkung in Europa zu erzielen.

[Pressemitteilung](#)

[EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“](#)

Aktualisierung der Ausnahmen für die Verwendung von Schwermetallen in Fahrzeugen

Am 03.06.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer delegierten Richtlinie zur Novellierung der ausnahmsweise zugelassenen Schwermetalle in Fahrzeugen nach der Altfahrzeug-Richtlinie ([Richtlinie 2000/53/EG](#)) veröffentlicht. Mit der geplanten delegierten Richtlinie der Kommission soll die Liste der zugelassenen Ausnahmen dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt angepasst werden. Die Altfahrzeug-Richtlinie beschränkt die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Werkstoffen und Bauteilen von Fahrzeugen, die nach dem 01.07.2003 in Verkehr gebracht werden. Fahrzeuge und Fahrzeugteile dürfen Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertiges Chrom grundsätzlich nicht enthalten. Anhang II der Altfahrzeugrichtlinie enthält jedoch für bestimmte Schwermetalle Ausnahmen, für die es keine geeigneten Alternativen gibt. Diese Liste der Ausnahmen soll dahingehend aktualisiert werden, dass z. B. in Bezug auf Aluminiumlegierungen für Bearbeitungszwecke geeignete Alternativen bestehen und somit die Verwendung bis Ende 2027 schrittweise eingestellt werden könnte. Bis zum 01.07.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme seitens der Kommission ist zeitnah geplant.

[Konsultation](#)



EuGH urteilt, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung bei bloßer Verlängerung der Betriebsdauer einer Abfalldeponie nicht erforderlich sei

Am 02.06.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-43/21 entschieden, dass die bloße Verlängerung der Betriebsdauer einer Abfalldeponie keine wesentliche Änderung der Betriebsgenehmigung der Anlage im Sinne der Richtlinie über Industrieemissionen (vgl. Art. 3 Nr. 9 [Richtlinie 2010/75/EU](#)) darstellt. Der EuGH weist darauf hin, dass nach der Richtlinie eine wesentliche Änderung einer Anlage bei ihrer Erweiterung sowie bei der Änderung ihrer Beschaffenheit oder ihrer Funktionsweise vorliegt, soweit diese erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt haben können. Eine Erweiterung der Anlage sei nicht gegeben, da durch die bloße Verlängerung des Betriebszeitraumes einer Abfalldeponie weder der Umfang der Anlage noch die Lagerkapazität geändert werden. Ebenso wenig würde dadurch die Beschaffenheit oder die Funktionsweise der Anlage verändert. Da die Richtlinie nicht vorschreibe, dass eine Betriebsdauer in der ursprünglichen Genehmigung vorzusehen sei, kann sie auch nicht dahingehend ausgelegt werden, dass für die bloße Verlängerung des Betriebs eine neue Genehmigung erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten sind daher nicht verpflichtet, der betroffenen Öffentlichkeit eine Beteiligung am Entscheidungsprozess oder ein Recht auf Zugang zu einem gerichtlichen Überprüfungsverfahren einzuräumen.

Dem Vorabentscheidungsverfahren liegt ein tschechischer Rechtsstreit über die Auslegung der Richtlinie über Industrieemissionen zugrunde.

[Pressemitteilung](#)

[Urteil Rechtssache C-43/21](#)

Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur zu Treibhausgasemissionen bestätigt das Erreichen des Ziels für 2020

Am 31.05.2022 veröffentlichte die Europäische Umweltagentur den Jahresbericht zu den Treibhausgasemissionen in Europa. Der darin verzeichnete anhaltende Rückgang der Treibhausgasemissionen in der EU bestätigt neben einem 30-jährigen Abwärtstrend das Erreichen des Ziels der EU für 2020, die Emissionen um 20 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Die Treibhausgasemissionen wurden auch im Jahr 2020 erheblich reduziert und erreichten den niedrigsten Stand seit 1990. Damit verzeichnete die EU für das Jahr 2020 einen Rückgang von 11 % gegenüber 2019 und die größte Verringerung seit 1990. Zu den Sektoren mit den stärksten Rückgängen gehören das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe, die Strom- und Wärmeerzeugung sowie die Eisen- und Stahlerzeugung, während die Sektoren Verkehr und Kälte- und Klimatechnik im Zeitraum 1990 - 2020 keine Reduktion verzeichnen konnten.

Die wichtigsten Maßnahmen bzw. Ursachen für Emissionsreduktionen sind die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, die Nutzung weniger kohlenstoffintensiver fossiler Brennstoffe, eine verbesserte Energieeffizienz, strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und ein geringerer Wärmebedarf aufgrund von wärmeren Wintern



in Europa. Im Jahr 2020 hatten auch die Folgen der wirtschaftlichen Rezession aufgrund der COVID-19-Lockdowns erhebliche Auswirkungen auf die Emissionsreduktionen.

Von den Nettoerduktionen in den Jahren 1990 - 2020 entfallen 47 % auf Deutschland und das Vereinigte Königreich.

[Jahresbericht](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Ausnahme für die Verwendung von sechswertigem Chrom als Korrosionsschutzmittel in Gasabsorptionswärmepumpen geplant

Am 10.06.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Entwurf für die Zulassung einer Ausnahme für sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel in einem geschlossenen Kreislauf von Gasabsorptionswärmepumpen veröffentlicht. Nach der Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (sog. RoHS; [Richtlinie 2011/65/EU](#)) ist die Verwendung von sechswertigem Chrom grundsätzlich beschränkt. Die Verwendung von sechswertigem Chrom als Korrosionsschutzmittel im geschlossenen Kohlenstoffstahlkreislauf von Gasabsorptionswärmepumpen soll als Ausnahme zugelassen werden, weil ein gleichwertiger Ersatz nicht zur Verfügung steht. Bis zum 08.07.2022 kann zum Entwurf des Rechtsakts Stellung genommen werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2022 geplant.

[Konsultation](#)

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit setzt Bewertungsverfahren zu Cannabidiol als neuartiges Lebensmittel aus

Am 07.06.2022 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Erklärung zu Hanföl als Lebensmittel veröffentlicht. Die Wissenschaftler der EFSA können die Unbedenklichkeit für den menschlichen Verzehr von Cannabidiol (CBD), einem Stoff, der aus Cannabis sativa L.-Pflanzen gewonnen und auch chemisch synthetisiert werden kann, derzeit nicht feststellen. Die Begutachtung erfolgte auf Bitten der Kommission, nachdem im Rahmen der Verordnung über neuartige Lebensmittel ([Verordnung \(EU\) 2015/2283](#)) zahlreiche Anträge für CBD eingingen. Nach Ansicht der EFSA bestehen derzeit noch Unsicherheiten und Wissenslücken, bevor eine Schlussfolgerung über die Unbedenklichkeit von CBD für den menschlichen Verzehr gezogen werden kann. Insbesondere liegen keine ausreichenden Daten über die Wirkungen von CBD auf die Leber, den Magen-Darm-Trakt, das endokrine System, das Nervensystem und das psychische Wohlbefinden der Menschen vor. Tierversuche zeigen signifikante schädliche Wirkungen, insbesondere in Bezug auf die Fortpflanzung. Insofern bedarf es der Überprüfung, ob diese Wirkungen auch beim Menschen zu beobachten sind.



[Pressemitteilung](#)

[Erklärung der EFSA zu Cannabidiol](#) (in englischer Sprache)

EuGH billigt Verbot kosmetischer Mittel wegen Ähnlichkeit mit Lebensmitteln

Am 02.06.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-122/21 entschieden, dass Mitgliedstaaten den Vertrieb von kosmetischen Mitteln, die aufgrund ihres Aussehens mit Lebensmitteln verwechselt werden und zu Gefahren für die Gesundheit führen können, unter bestimmten Voraussetzungen einschränken können. Der EuGH erläutert, dass die entsprechenden Verbraucherschutzvorschriften ([Richtlinie 87/357/EWG](#)) ein zu Gunsten des Verbraucherschutzes dienendes Verbot u. a. der Vermarktung vorsehen. Allerdings enthalte die maßgebliche Richtlinie aber keine Vermutung der Gefährlichkeit von Erzeugnissen, die mit Lebensmitteln verwechselt werden können und auch keine Vermutung, dass es mit bestimmten Risiken verbunden ist, wenn solche Erzeugnisse z. B. geschluckt werden. Vielmehr müssten diese Risiken im Einzelfall beurteilt werden. Es bestehe jedoch keine Verpflichtung der nationalen Behörden, die Verwechslungsgefahr oder die Gesundheitsgefahren durch objektive und belegte Daten nachzuweisen. Der EuGH stellt fest, dass es das Unionsrecht nicht erlaube, einen Nachweis über die Gewissheit der Gefahrverwirklichung zu verlangen, da damit kein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem Verbraucherschutz und dem freien Warenverkehr gewährleistet wäre.

Hintergrund des Vorabentscheidungsverfahrens war ein Rechtsstreit vor den litauischen Gerichten infolge eines vom nationalen Verbraucherschutzamt ausgesprochenen Verbots der Vermarktung bestimmter kosmetischer Mittel (Badekugeln).

[Pressemitteilung](#)

[Urteil Rechtssache C-122/21](#)



Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie – allgemeine Ausrichtung des Rates

Am 09.06.2022 hat der Rat seine Verhandlungsposition zur Überarbeitung der Verbraucherkreditrichtlinie ([Richtlinie 2008/48/EG](#)) angenommen. Die Ratsposition enthält eine Maximalwiderrufsfrist von 12 Monaten und 14 Tagen nach Vertragsschluss, die nur in den Fällen nicht gelten soll, in denen der Verbraucher nicht (vorschriftsgemäß) über das Widerrufsrecht belehrt worden ist. Damit soll das Problem des sog. ewigen Widerrufsrechts gelöst und Rechtssicherheit geschaffen werden. Ewige Widerrufsrechte könnten künftig nur noch aufgrund von fehlerhaften Widerrufsbelehrungen entstehen. Andere fehlerhafte Pflichtangaben führen nach der allgemeinen Ausrichtung des Rates künftig zu einer Verlängerung der Widerrufsfrist und nicht mehr dazu, dass die Widerrufsfrist nicht zu laufen beginnt. Sobald das Europäische Parlament seinen Standpunkt festgelegt hat, können die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) beginnen (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Allgemeine Ausrichtung des Rates](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Die EU-Agrarminister trafen sich am 13.06.2022 in Luxemburg letztmals unter französischem Vorsitz. Im Vordergrund stand erneut die aktuelle Marktlage vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Die Agrarminister betonten eine wirksame internationale Koordinierung, um eine globale Reaktion im Bereich der Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Es ist sowohl für die Bevölkerung der Ukraine als auch zur Verbesserung der Lage an den internationalen Märkten dringend erforderlich, dass das eingelagerte Getreide vor der nächsten Ernte aus der Ukraine ausgeführt werden kann.

Die Minister erörterten ferner die derzeitigen ungünstigen Wetterbedingungen in einigen Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund forderten 16 Delegationen die Kommission auf, den Grundsatz vorübergehender Ausnahmen von bestimmten Vorschriften der GAP (GLÖZ 7 u. 8) für die Dauer des Wirtschaftsjahres 2023 zu verlängern. Die Kommission erklärte, dass sie in dieser Angelegenheit eine Rechtsgrundlage (Durchführungsrechtsakt) erarbeiten und zügig wieder auf den Rat zukommen werde.

Die Ministerrunde führte einen Gedankenaustausch über die Erläuterungen der Kommission zu ihrem vor Kurzem angenommenen Bericht über die Anwendung der Gesundheits- und Umweltnormen der EU auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Agrarlebensmittel. Die Frage der Stärkung der Kohärenz zwischen dem Green Deal, der GAP und der Handelspolitik der EU stand hierbei im Vordergrund.

Der Vorsitz unterrichtete die Minister über die Beratungen, die in den letzten drei Monaten zum Vorschlag für eine Verordnung über geografische Angaben geführt worden sind. Im Herbst 2022 sei mit der Positionierung von Rat und Europäischem Parlament zu rechnen, so dass im Frühjahr 2023 die Trilogie beginnen können und noch mit einem Abschluss in dieser Legislatur gerechnet werden kann.

18 Mitgliedsstaaten forderten (im März waren es 13) den Vorschlag der Kommission über die nachhaltige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, der für den 22.06.2022 angekündigt ist, nochmals zu verschieben. Angesichts des Krieges in der Ukraine und dem damit deutlich verringerten Angebot an Getreide, habe die Nahrungsmittelerzeugung oberste Priorität.

Außerdem wurden die Mitgliedstaaten von der Kommission über den Sachstand in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Europa informiert und darüber, dass weiterhin alle Kräfte zur Tilgung dieser Seuche mobilisiert werden müssen, sowie über den Programmplanungsprozess des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds.

[Tagung Agrarrat](#)



Europaabgeordnete begehen 60 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 06.06.2022 den 60. Jahrestag der Veröffentlichung der ersten Verordnung über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) begangen.

EP-Präsidentin *Roberta Metsola* erinnerte daran, dass die GAP Europa verändert hat und dass europäische Produkte dazu beigetragen haben, die Welt zu ernähren. Sie betonte jedoch auch, dass Herausforderungen wie die Motivation von Junglandwirten, die Gewährleistung der Qualität der Produkte und die Nachhaltigkeit der Produktionsprozesse und die Folgen des Krieges in der Ukraine angegangen werden müssten.

Der französische Landwirtschaftsminister, *Marc Fesneau*, erinnerte im Namen des französischen Ratsvorsitzes daran, dass die Konzeption der Landwirtschaft als Instrument des Friedens im Mittelpunkt der Ziele der Gründer Europas stehe. Nach 60 Jahren ist die GAP eine Politik, die dem Geist der Gründer Europas treu bleibt.

Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* forderte eine Anpassung der GAP an aktuelle und künftige Herausforderungen. Die Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik beweist ihre Relevanz und ihren Erfolg. Die heutigen Herausforderungen machen die Notwendigkeit deutlich, diese Politik für die nächsten Generationen von Europäern fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Der Agrarausschussvorsitzende, *Norbert Lins*, dankte den europäischen Landwirten für ihre harten Bemühungen, die Bevölkerung auch in Krisenzeiten mit hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Er warnte aber auch vor der Gefahr einer Versorgungskrise vor der europäischen Haustür - in der Ukraine und in Nordafrika.

[EU-Parlamentarier begehen 60 Jahre GAP](#) (in englischer Sprache)

[Rede Agrarkommissar: 60 Jahre GAP](#) (in englischer Sprache)

Konsultation zur Regelung des Leistungsrahmens und der Daten für die Überwachung und Evaluierung der GAP

Die Kommission hat am 02.06.2022 eine Konsultation zur Regelung der Leistungsrahmen und Daten für die Überwachung und Evaluierung der Strategiepläne der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 gestartet.

Mit den neuen Vorschriften wurde ein Leistungsrahmen festgelegt. Allerdings müssen die Spezifikationen und die Funktionsweise des Systems zur Überwachung und Evaluierung im Einzelnen noch in Form einer Durchführungsverordnung geregelt werden.

Rückmeldungen sind möglich bis 30.06.2022.

[Konsultation](#)



Europäisches Parlament und Rat erzielen Einigung über Agrarstatistik

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 03.06.2022 eine vorläufige Einigung über die Agrarinput- und Outputstatistik erzielt, mit der die Erhebung von Agrardaten in der EU vereinheitlicht werden soll.

Im Rahmen des Vorschlags „Statistiken über landwirtschaftlichen Input und Output“ (ORKB) sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, hochwertige harmonisierte Daten über die landwirtschaftliche Erzeugung zu erheben. Die statistischen Daten, insbesondere die Daten über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der EU, über den ökologischen Landbau, über Düngemittel und über den Einsatz von antimikrobiellen Mitteln, werden für die Verwirklichung der Ziele der Farm to Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie von wesentlicher Bedeutung sein.

Der erste Datensatz wird 2026 erhoben und 2028 verbreitet. Die Zahl der von Biolandwirten erhobenen Statistiken werden erhöht, so dass die Entwicklung der ökologischen Produktion in der EU besser überwacht werden kann.

Die Verordnung muss nun vom Parlament und vom Rat förmlich angenommen werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird und 20 Tage später in Kraft tritt.

[EP und Rat erzielen Einigung über Agrarstatistik](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament nimmt Positionierung zu Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft an

Das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) hat am 08.06.2022 versucht, seine Haltung zum Klimaschutzpaket „Fit for 55“ festzulegen. Dieses stellt den Plan dar, mit dem die EU ihre Treibhausgas (THG)-Emissionen bis 2030, im Einklang mit dem europäischen Klimagesetz, um mindestens 55 % gegenüber dem Niveau von 1990 reduzieren will.

Die Positionierung im Hinblick auf die Zielwerte im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) haben die Abgeordneten mit 472 Ja-Stimmen, 124 Nein-Stimmen, bei 22 Enthaltungen angenommen.

Die Umsetzung würde das THG-Reduktionsziel der EU für 2030 de facto auf 57 % anheben, da der Beitrag des Nettoabbaus zum THG-Reduktionsziel von 55 % für 2030 im EU-Klimagesetz auf 225 Mio. t CO₂-Äquivalent begrenzt wurde.

Die Abgeordneten schlagen außerdem vor, von 2026-2030 einen Mechanismus für „natürliche Störungen“ wie z. B. Waldbrände einzurichten, der Mitgliedstaaten zur Verfügung steht, die ihre jährlichen Ziele aufgrund solcher Störungen nicht erreicht haben.



Schließlich bekräftigen sie ihre Position, dass natürliche Kohlenstoffsinken (z. B. Wald) anfällig und unbeständig sind und daher, im Gegensatz zum Vorschlag der Kommission, nicht mit Emissionen aus dem Agrarsektor zusammengelegt werden sollten.

[EP legt Positionierung zu LULUCF fest](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Bericht zur Anwendung von EU-Gesundheits- und -Umweltnormen auf importierte Agrarerzeugnisse

Am 03.06.2022 hat die Kommission ihre Bewertung der EU-Maßnahmen zur Verbesserung und Förderung der Gesundheits- und Umweltnormen von importierten Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln veröffentlicht.

Der Bericht geht auf eine Forderung des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates zurück. Er ist Teil der Farm to Fork-Strategie und stellt die Möglichkeiten vor, die der EU zur Förderung von Nachhaltigkeitsstandards bei Importen zur Verfügung stehen. In dem Bericht werden vor allem drei Aktionsbereiche genannt: Multilaterale Gremien, bilaterale Zusammenarbeit und Handelsabkommen sowie autonome EU-Maßnahmen.

Die EU verfügt bereits über ein gutes gesundheits- und pflanzenschutzrechtliches System, das ein hohes Maß an Gesundheitsschutz gewährleistet. Alle Lebensmittelimporte müssen den strengen Anforderungen der EU entsprechen.

Der Bericht bestätigt, dass unter bestimmten Bedingungen auch andere Gesundheits- und Umweltstandards (einschließlich Tierschutzstandards), in Bezug auf Verfahren und Produktionsmethode, auf importierte Produkte angewendet werden können. Dies wird eine sorgfältige Einzelfallprüfung erfordern, um die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der EU, einschließlich der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), zu gewährleisten.

[Bericht zur Anwendung der EU-Normen auf importierte Agrarerzeugnisse](#) (in englischer Sprache)

Kommission schlägt für sieben landwirtschaftliche Waren aus der Republik Moldau ein Jahr Zollfreiheit vor

Die Kommission hat am 09.06.2022 eine Verordnung vorgeschlagen, die für sieben landwirtschaftliche Waren aus der Republik Moldau ein Jahr Zollfreiheit ermöglicht.

Diese sieben Waren sind für die Ausfuhr aus der Republik Moldau in die EU noch nicht vollständig von Zöllen befreit: Pflaumen, Tafeltrauben, Äpfel, Tomaten, Knoblauch, Kirschen und Traubensaft. Mit der Verordnung werden für ein Jahr die Mengen, in denen diese Erzeugnisse zollfrei aus der Republik Moldau in die EU eingeführt werden können, verdoppelt. Das potenzielle zollfreie Volumen wird sich nun auf rund 55 Mio. € belaufen, etwa 10 Mio. € entfallen dabei auf Pflaumen und 27 Mio. € auf Tafeltrauben.



Mit diesem Solidaritätsbeweis will die EU der Republik Moldau dabei helfen, den Verlust der wichtigsten Märkte und Transitknotenpunkte zu bewältigen, der bezüglich dieser zentralen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch den ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entsteht.

Der Vorschlag muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert und gebilligt werden.

Die Republik Moldau profitiert seit 2014 von einem Assoziierungsabkommen mit der EU, das auch das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen umfasst. Dank dieser Präferenzregelung kamen Moldau die Vorteile der Abschaffung der Zölle auf alle Waren – mit Ausnahme von sieben landwirtschaftlichen Erzeugnissen – bei Ausfuhren in die EU zugute.

[Kommission schlägt Zollfreiheit für Waren aus Moldau vor](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Rat der Sozialministerinnen und Sozialminister am 16.06.2022 in Luxemburg

Bei der Tagung des Rates der Sozialministerinnen und Sozialminister am 16.06.2022 in Luxemburg hat die französische Ratspräsidentschaft zum aktuellen Stand beschäftigungspolitischer Legislativvorschläge informiert und Ratsempfehlungen zur Bewältigung des grünen und digitalen Wandels angenommen:

- Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit

Bezüglich des Vorschlags für eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit, legte die französische Ratspräsidentschaft einen Fortschrittsbericht vor. Bei der Prüfung des Vorschlags, der insbesondere die korrekte Bestimmung des Beschäftigungsstatus von Plattformbeschäftigten ermöglichen soll, seien zwar greifbare Fortschritte erzielt worden. Es seien aber noch weitere fachliche Erörterungen nötig.

- Mindestlohn- und Führungspositionen-Richtlinie

Der Vorsitz informierte die Delegationen über die Trilog-Gespräche zum Entwurf einer Richtlinie über angemessene Mindestlöhne. Die mit dem Europäischen Parlament erzielte Einigung erfuhr breite politische Unterstützung. Mehrere Delegationen betonten den „historischen“ Charakter des Verhandlungserfolgs. Auch über die Trilog-Einigung zur Führungspositionen-Richtlinie informierte der Vorsitz (siehe die weiteren Beiträge unten).

- Ratsempfehlung zu Individuellen Lernkonten

Der Rat hat eine Empfehlung zu individuellen Lernkonten angenommen. Sie sollen dazu beitragen, das Ziel des Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte zu erreichen, wonach bis 2030 mindestens 60 % aller Erwachsenen jedes Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen sollen. Der Kommissionsvorschlag wurde abgeschwächt. So wird nur empfohlen, „die Einrichtung individueller Lernkonten zu erwägen“.

- Ratsempfehlung zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität

Um die sozialen Herausforderungen des Green Deals abzufedern, hat der Rat eine Empfehlung angenommen, die sicherstellen soll, dass der Übergang zu einer klimaneutralen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft fair ist und niemanden zurücklässt. Die Empfehlung enthält Leitlinien zur Förderung einer hochwertigen Beschäftigung und eines sicheren Arbeitsumfelds.

Die Ministerinnen und Minister tauschten sich zudem zum Europäischen Semester und den nationalen Zielen zur Umsetzung des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte aus.



[Fortschrittsbericht](#)

[Ratsempfehlung](#)

[Ratsempfehlung](#)

[Tagungsseite mit sämtlichen Ergebnissen](#)

Rat und Europäisches Parlament erzielen vorläufige Einigung über angemessene Mindestlöhne

Vertreter der französischen Ratspräsidentschaft und des Europäischen Parlaments (EP) haben am 07.06.2022 eine vorläufige politische Einigung zur Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU erzielt. Der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, *Dennis Radtke* (CDU), twitterte im Anschluss an die Verhandlungen: „Aus meiner Sicht ist das ein echter Game Changer. Wir machen endlich ernst mit der sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip der EU.“ Mit der Richtlinie wird ein Rahmen für die Angemessenheit der gesetzlichen Mindestlöhne geschaffen. Gleichzeitig werden Tarifverhandlungen bei der Lohnfestsetzung gefördert (Mitgliedstaaten müssen Aktionspläne festlegen, um die Tarifbindung zu steigern, wenn deren Quote unter 80 % liegt) und es wird der wirksame Zugang der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Mindestlohnschutz in der EU verbessert. Der Rat und das EP müssen den in den sogenannten Trilog-Gesprächen gefundenen Kompromiss in ihren Gremien noch formell bestätigen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU-Unterhändler einigen sich auf Geschlechterquote für börsennotierte Unternehmen

Die Verhandlungsführer des Rats und des Europäischen Parlaments (EP) haben am 07.06.2022 eine vorläufige politische Einigung über neue EU-Regelungen zur Förderung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in börsennotierten Unternehmen erzielt. Ziel der sogenannten Führungspositionen-Richtlinie ist es, einen Anteil von 40 % des unterrepräsentierten Geschlechts in Aufsichtsräten oder von 33 % in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* begrüßte den Verhandlungserfolg bezüglich des von der EU-Kommission bereits vor zehn Jahren vorgeschlagenen Richtlinienvorschlags: „Es gibt viele Frauen, die für Spitzenpositionen qualifiziert sind: Sie sollten sie auch bekommen können.“ Die politische Einigung muss von den Ko-Gesetzgebern noch formell bestätigt werden.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission gibt Empfehlungen zur Integration ukrainischer Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt

Die Kommission hat am 14.06.2022 Leitlinien für den Zugang ukrainischer Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt und zur Berufs- und Erwachsenenbildung vorgelegt. Bisher sei nur eine geringe Zahl in den EU-Arbeitsmarkt eingetreten oder habe sich bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen registriert. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten deswegen unter anderem auf, Informationen über Unterstützungsangebote bereitzustellen, Integration in den Arbeitsmarkt breit zu fördern und Kompetenzen und Qualifikationen zu bewerten, zu beurteilen und rasch anzuerkennen. Zudem müsse auch der Zugang zur beruflichen Erstausbildung, zu Weiterbildungen und Umschulungen, zur allgemeinen Bildung und zur Hochschulbildung gewährleistet sein. Der Text betont, dass die Maßnahmen der Mitgliedstaaten mit EU-Mitteln unterstützt werden können und listet als Vorbilder konkrete Beispiele für EU-finanzierte Projekte.

[Pressemitteilung](#)

EuGH: Österreichische Indexierung von Familienleistungen verstößt gegen Unionsrecht

Der EuGH hat am 16.06.2022 der Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission gegen Österreich wegen der Indexierung von Familienleistungen stattgegeben (Urteil in der Rechtssache C-328/20). Österreich passt für Arbeitnehmer, deren Kinder sich ständig in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten, die Familienbeihilfe sowie verschiedene steuerliche Vergünstigungen entsprechend dem allgemeinen Preisniveau des betreffenden Mitgliedstaats an. Die dagegen gerichtete Klage der EU-Kommission war vollumfänglich erfolgreich. Der EuGH stellte in dem Urteil Verstöße gegen die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz fest. Der Mechanismus stelle eine ungerechtfertigte mittelbare Diskriminierung von Wanderarbeitnehmern dar.

[Pressemitteilung](#)

[Volltext](#)

Rat der Justizministerinnen und Justizminister am 09.06.2022 in Luxemburg

Der Rat in der Formation „Justiz und Inneres“ (siehe hierzu auch den Beitrag des StMJ in diesem EB) hat am 09.06.2022 Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie angenommen. Angesichts des Kriegs in der Ukraine bildet der Schutz der Rechte des Kindes in Krisen- und Notsituationen einen Schwerpunkt in dem verabschiedeten Text. Grundsätzlich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Strategien zu entwickeln, um die Rechte aller Kinder ohne Diskriminierung durchzusetzen, sich noch stärker darum zu bemühen, alle Formen von Gewalt gegen Kinder zu bekämpfen, ihre Justizsysteme dahingehend zu stärken, die Rechte aller Kinder zu achten, und Kindern bessere Möglichkeiten zu geben, sich zu verantwortungsbewussten und resilienten Mitgliedern der digitalen Gesellschaft zu entwickeln. Bezüglich Kindesentführungen soll ein Netz nationaler Kontaktstellen die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten verbessern.

[Pressemitteilung](#)



Kommission startet den Access City Award 2023 für die zugänglichsten Städte in der EU

Ab sofort können sich Städte für den Wettbewerb „Access City Award 2023“ anmelden. Die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Kommission *Vera Jourová* erklärte: „Mit dem Access City Award werden europäische Städte ausgezeichnet, die sich für die Förderung der Werte der Gleichstellung und Inklusion in unserer Union engagieren.“ Die Siegerstadt erhält einen Preis von 150 000 €, der zweite und dritte Platz werden mit 120 000 € bzw. 80 000 € belohnt. Der Wettbewerb, der von der Kommission in Partnerschaft mit dem Europäischen Behindertenforum organisiert wird, steht EU-Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern offen. Bewerbungen können bis zum 08.09.2022 eingereicht werden.

[Zur Anmeldung \(in englischer Sprache\)](#)

Schutz der psychischen Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt

Die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses des Europäischen Parlaments (EMPL) haben einen Bericht über psychische Gesundheit in der digitalen Arbeitswelt angenommen. Neben den positiven Folgen der Heimarbeit, wie größere Flexibilität und Autonomie, bringe diese auch erhebliche Gesundheitsrisiken mit sich, so die Abgeordneten. Problematisch für die psychische Gesundheit könne die übermäßige Vernetzung, die Verwischung der Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben oder eine höhere Arbeitsintensität sein. Die Abgeordneten fordern, dass Fragen der psychischen Gesundheit im Rahmen einer EU-Strategie für psychische Gesundheit, einer Europäischen Pflegestrategie und eines Europäischen Jahres für gute psychische Gesundheit im Jahr 2023 angegangen werden.

[Pressemitteilung \(in englischer Sprache\)](#)

Expertengruppe sieht weiter Handlungsbedarf zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

GREVIO, die Expertengruppe des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, welche die Istanbul-Konvention überwacht, hat in ihrem Jahresbericht festgestellt, dass viele Länder Kinder und Opfer häuslicher Gewalt nicht ausreichend schützen. Obwohl alle Vertragsstaaten positive Schritte unternommen hätten, sei die Umsetzung der Konvention zu uneinheitlich. Der Bericht konzentriert sich unter anderem auf die Situation von Kindern, die häusliche Gewalt erleben mussten. Die Überwachung zeige, dass die Vertragsstaaten es oft versäumten, Kindern angemessenen und ausreichenden Zugang zu spezialisierten und altersgerechten Hilfen zu gewähren. Kritisiert wird auch, dass Staaten der Aufrechterhaltung des Kontakts zu beiden Elternteilen Vorrang einräumen, ungeachtet der erlebten Gewalt.

[Pressemitteilung \(in englischer Sprache\)](#)



Jugendwettbewerb: Wer benennt das neue System für sichere Weltraumkonnektivität?

Um dem neuen System für sichere Weltraumkonnektivität einen Namen zu geben, hat die Kommission einen Wettbewerb für junge Menschen ausgeschrieben. Gesucht wird ein Name für ein hochmodernes Weltraumsystem, das sichere Breitbandkommunikationsdienste für Europa sowie für Afrika bereitstellt. Der oder die Gewinner werden zur Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahrs der Jugend sowie zu einem Tag in den EU-Institutionen eingeladen. Der Wettbewerb läuft bis zum 31.07.2022.

[Weitere Informationen \(in englischer Sprache\)](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Europäische Arzneimittelagentur startet Rolling Review zu adaptiertem Corona-Impfstoff

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat am 15.06.2022 eine Überprüfung einer variantenspezifischen Version des mRNA-Coronaimpfstoffs Comirnaty® von Biontech/Pfizer begonnen. Das Ziel der Überprüfung ist es sicherzustellen, dass die EU-Mitgliedstaaten rechtzeitig über angepasste COVID-19-Impfstoffe zur Bekämpfung aktueller SARS-CoV-2-Varianten verfügen.

Die Überprüfung wird sich zunächst auf Chemie, Herstellung und Kontrollen (CMC) konzentrieren, die sich auf die Herstellung des Impfstoffs beziehen. Je weiter das Unternehmen in der Entwicklung seines angepassten Impfstoffs fortschreitet, desto mehr Daten wird die EMA u. a. über die Immunantwort auf den Impfstoff sowie über seine Wirksamkeit gegen Omikron-Subvarianten erhalten.

Die Zusammensetzung der angepassten COVID-19-Impfstoffe wird von den Empfehlungen der Gesundheitsbehörden und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie von den Überlegungen der Regulierungsbehörden wie der EMA und anderer Mitglieder der International Coalition of Medicines Regulatory Authorities (ICMRA) abhängen. Diese Einrichtungen arbeiten eng zusammen, um die geeigneten Stämme für angepasste COVID-19-Impfstoffe zu bestimmen.

[Pressemitteilung EMA](#) (in englischer Sprache)

EPSCO Gesundheitsrat in Luxemburg

Die EU-Gesundheitsminister trafen sich am 14.06.2022 letztmals unter französischem Vorsitz, um über folgende aktuelle Themen zu sprechen:

- **Europäischer Raum für Gesundheitsdaten:**

Der Rat führte eine Aussprache über den Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Raum für Gesundheitsdaten, der am 03.05.2022 von der Kommission angenommen wurde. Er soll Patienten den Zugang zu ihren Gesundheitsdaten in elektronischer Form sowie den Austausch dieser Daten mit Angehörigen der Gesundheitsberufe in der EU erleichtern. Außerdem soll die Weiterverwendung solcher Daten durch Forschende, Industrie und Behörden in einem sicheren Umfeld und unter strengen Bedingungen ermöglicht werden. Die Ministerinnen und Minister begrüßten den Vorschlag für eine Verordnung, nahmen jedoch auch Kenntnis von heiklen Fragen zur Sicherheit und zu Datenschutz.

- **Überprüfung der Strategie der EU für globale Gesundheit:**

Am 19.05.2022 kündigte die Kommission die Einleitung eines Prozesses zur Ausarbeitung einer neuen Strategie der EU für globale Gesundheit an, die angesichts der Covid-19 Pandemie erforderlich erscheint. Die Ministerrunde begrüßte den Beschluss, die derzeitige Strategie aus dem Jahr 2010 zu überprüfen.



- **Die bevorstehenden Herausforderungen der COVID-19-Impfstrategie der EU**

Während eines informellen Gedankenaustauschs wurden die bevorstehenden Herausforderungen der COVID-19-Impfstrategie der EU erörtert, und das sowohl im Hinblick auf die Beschaffung von Impfstoffen auf europäischer Ebene als auch in Bezug auf die internationale Solidarität.

Die Kommission informierte über die problematische Umsetzung der Verordnung über Medizinprodukte und die Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien.

[Tagung Gesundheitsrat](#)

HERA sichert Impfstoffe gegen Affenpocken für die Mitgliedstaaten

Die Agentur zur Reaktion auf Gesundheitsnotlagen (HERA) hat am 14.06.2022 einen Vertrag mit dem Unternehmen Bavarian Nordic über den Kauf von 109.090 Dosen ihrer Impfstoffe der dritten Generation geschlossen.

Der Impfstoff der dritten Generation ist derzeit auf EU-Ebene nur zum Schutz von Erwachsenen gegen Pocken zugelassen. Er schützt jedoch auch vor Affenpocken, da dieses Virus eng mit dem Pockenvirus verwandt ist. Einige Mitgliedstaaten haben bereits nationale Ausnahmeregelungen gewährt, die die vorübergehende Verwendung des Impfstoffs gegen das Affenpockenvirus erlauben.

Es ist das erste Mal, dass europäische Haushaltsmittel eingesetzt werden, um über das EU4Health-Programm direkt Impfstoffe für die Mitgliedstaaten zu kaufen.

[HERA sichert Impfstoffe gegen Affenpocken für die Mitgliedstaaten \(europa.eu\)](#)

ECDC und WHO veröffentlichen Leitfaden über den Umgang mit Affenpocken während der Sommersaison

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben am 14.06.2022 einen Leitfaden über den Umgang mit Affenpocken während der Sommersaison in Europa veröffentlicht. Der Leitfaden schlägt vor, dass sich die Kommunikation rund um Veranstaltungen auf Präventionsbotschaften und gute Praktiken der öffentlichen Gesundheit konzentrieren sollte. Die Organisatoren von Veranstaltungen sollten die wichtigsten Botschaften auf ihren Websites, in den sozialen Medien und in den Veranstaltungsanmeldungen anpassen und verbreiten. Damit soll das Bewusstsein für potenzielle Risiken geschärft, gute Hygienepraktiken gefördert und sichergestellt werden, dass die Einrichtungen regelmäßig gereinigt werden. Das ECDC hat außerdem die Broschüre „Navigating monkeypox: considerations for gay and bisexual men and other men who have sex with men“ veröffentlicht, die sich an alle richtet, die einer Affenpockeninfektion ausgesetzt sein könnten.

[Pressemitteilung: ECDC](#) (in englischer Sprache)

[Leitfaden WHO und ECDC](#) (in englischer Sprache)



[Broschüre: ECDC](#) (in englischer Sprache)

Auswirkungen des Auftretens und der Verbreitung der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten BA.4 und BA.5 auf die EU

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) veröffentlichte am 13.06.2022 ein epidemiologisches Update zu COVID-19. In den meisten Ländern der EU wurde ein geringer Anteil der SARS-CoV-2-Varianten BA.4 und BA.5 festgestellt, jedoch kam es in vielen Ländern in den letzten Wochen zu einem Anstieg der Fälle. In Portugal ist BA.5 zur vorherrschenden SARS-CoV-2-Variante geworden. Der über BA.4 und BA.5 berichtete Wachstumsvorteil deutet darauf hin, dass diese Varianten in der gesamten EU/EWR dominieren werden, was in den kommenden Wochen wahrscheinlich zu einem Anstieg der COVID-19-Fälle führen wird. Ausgehend von den begrenzten Daten gibt es keine Hinweise darauf, dass BA.4 und BA.5 im Vergleich zu den zirkulierenden Varianten BA.1 und BA.2 mit einer höheren Infektionsschwere verbunden sind.

Es ist davon auszugehen, dass zusätzliche Auffrischungsdosen für die Gruppen mit dem höchsten Risiko einer schweren Erkrankung erforderlich sein werden.

[Pressemitteilung: ECDC](#) (in englischer Sprache)

Digitales COVID-Zertifikat der EU ein weiteres Jahr gültig

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich am 13.06.2022 über die Verlängerung der Verordnung zur Einführung des digitalen COVID-Zertifikats der EU um ein Jahr - bis zum 30.06.2023 - geeinigt. Dadurch wird sichergestellt, dass Reisende aus der EU sowie aus Drittländern, die an das System angeschlossen sind, ihre digitale COVID-Bescheinigung der EU weiterhin für Reisen innerhalb der Union in Mitgliedstaaten verwenden können, in denen diese Reisebescheinigungen erforderlich sind. Wenn die epidemiologische Lage es zulässt, kann die Verordnung auch früher aufgehoben werden.

Zusätzlich zur Verlängerung einigten sich die beiden gesetzgebenden Organe auch auf Folgendes:

- eine Verpflichtung der Kommission, bis zum 31.06.2022 einen ausführlichen Bericht vorzulegen. Dieser Bericht geht gegebenenfalls mit Gesetzgebungsvorschlägen einher, die eine erneute Bewertung der Frage ermöglichen, ob das Zertifikat angesichts der Entwicklung der Gesundheitslage abgeschafft oder beibehalten werden soll;
- die Klarstellung, dass Impfzertifikate alle verabreichten Impfdosen abbilden sollten, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat die Impfung verabreicht worden ist;
- die Möglichkeit, nach Durchführung eines Antigen-Tests ein Genesungszertifikat auszustellen;
- die Erweiterung der Liste der zulässigen Antigentests, die für die Ausstellung eines digitalen COVID-Zertifikats der EU herangezogen werden können;



- die Möglichkeit, die Ausstellung von Impfbizertifikaten für Personen, die an klinischen Prüfungen teilnehmen, zuzulassen.

[COVID-19: Der Rat und das Europäische Parlament erzielen eine vorläufige politische Einigung über eine Verlängerung der Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU - Consilium \(europa.eu\)](#)

Europäische Arzneimittelagentur nimmt erste Liste kritischer Arzneimittel für COVID-19 an

Die Lenkungsgruppe für Arzneimittelknappheit (MSSG) der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) hat am 07.06.2022 die Liste der kritischen Arzneimittel für den öffentlichen COVID-19-Gesundheitsnotstand angenommen. Angesichts des derzeitigen Stadiums der Pandemie enthält die Liste alle in der EU zugelassenen Impfstoffe und Therapeutika zur Vorbeugung oder Behandlung von COVID-19. Sie wird aktualisiert, wenn sich die Pandemiesituation ändert und dadurch das Risiko einer Verknappung bestimmter Arzneimittel steigt, oder wenn neue Arzneimittel zugelassen werden. Die Liste ersetzt nicht die nationalen Leitlinien für die Impfung und die klinische Behandlung von COVID-19.

Die Zulassungsinhaber der in der Liste aufgeführten Arzneimittel sind verpflichtet, die EMA regelmäßig mit einschlägigen Informationen einschließlich Daten über potenzielle oder tatsächliche Engpässe und verfügbare Bestände sowie Prognosen zu Angebot und Nachfrage zu versorgen.

[Pressemitteilung: EMA](#) (in englischer Sprache)

[Liste kritischer Arzneimittel für COVID-19](#) (in englischer Sprache)

Anpassung der Lieferpläne für Moderna an den Bedarf der Mitgliedstaaten

Die Kommission hat am 02.06.2022 mitgeteilt, dass sie mit dem Impfstoffentwickler Moderna vereinbart hat, die Lieferung von COVID-19-Impfstoffen an den Bedarf der Mitgliedstaaten anzupassen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung wird Moderna die Lieferung einiger Dosen, die ursprünglich für das zweite Quartal 2022 vorgesehen war, auf einen späteren Zeitpunkt im laufenden Jahr verschieben. Die Vereinbarung sieht zudem die Lieferung von Impfstoffen vor, die an künftige Varianten angepasst sind. Weitere derartige Vereinbarungen sind geplant.

[Pressemitteilung](#)

Berichte über Bekämpfung von COVID-19-Desinformation

Die Kommission veröffentlichte am 01.06.2022 die letzten Berichte des COVID-19-Überwachungsprogramms, das eingerichtet wurde, um Transparenz über die Maßnahmen zu gewährleisten, die TikTok, Twitter, Meta, Microsoft und Google im März und April 2022 als Unterzeichner des Verhaltenskodex für Desinformation ergriffen haben.

[Bericht der Kommission](#) (in englischer Sprache)



Europäischer Drogenbericht 2022: Trends und Entwicklungen

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat im Juni den europäischen Drogenbericht 2022 veröffentlicht. Nach der Gesamtschätzung der EMCDDA sind die Verfügbarkeit und der Konsum von Drogen in der gesamten EU nach wie vor hoch, auch wenn es zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede gibt. Ungefähr 83,4 Mio. oder 29 % der Erwachsenen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) in der EU haben schätzungsweise schon einmal eine illegale Droge konsumiert, wobei mehr Männer (50,5 Mio.) als Frauen (33,0 Mio.) über den Konsum berichten. Die am häufigsten konsumierten Substanzen sind Cannabis (über 22 Mio. Konsumenten im Jahr 2020), Kokain (3,5 Mio.), gefolgt von MDMA (2,6 Mio.) Amphetamine (2 Mio.) und Heroin oder ein anderes illegales Opioid (1 Mio.).

Opiode machen immer noch den größten Anteil der dem illegalen Drogenkonsum zugeschriebenen Schäden aus, da sie bei etwa 75 % der für 2020 in der EU gemeldeten tödlichen Überdosierungen gefunden wurden. Es ist wichtig zu beachten, dass die meisten Menschen mit Drogenproblemen eine Reihe von Substanzen konsumieren.

[Europäischer Drogenbericht 2022](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten startet Modellierungszentrum für künftige Entwicklung von COVID-19

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 30.05.2022 das European COVID-19 Scenario Hub gestartet. Dafür werden Daten zu Fallzahlen, Todesfällen und Hospitalisierungen im Zusammenhang mit COVID-19 analysiert und daraus verschiedene Szenarien modelliert, die zukünftig eintreten können. Die Szenarien sollen dabei einen Zeitraum von neun bis zwölf Monaten abdecken. Im Modellierungszentrum der ECDC werden die einzelnen, in den Ländern erstellten Szenarien gesammelt und veröffentlicht. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen die Entscheidungsfindung über zukünftige Maßnahmen unterstützen, insbesondere für den kommenden Herbst und Winter. Im Gegensatz zu einzelnen Prognosen bieten Szenarien dabei den Vorteil einer ganzheitlichen Herangehensweise für die Vorhersage.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[European Covid-19 Scenario Hub](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Tagung des Rates „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)

Am 03.06.2022 trafen sich die für Telekommunikation zuständigen Minister und Ministerinnen der Mitgliedstaaten, um den Stand der Gesetzgebungsvorhaben im Digitalbereich zu diskutieren. Sie verabschiedeten Fortschrittsberichte zum Stand der Verhandlungen zum Entwurf einer Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz, zum Entwurf einer Verordnung über einen Rahmen für eine europäische digitale Identität und zum Entwurf einer Verordnung über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung. Im Übrigen führten sie einen Gedankenaustausch über den ökologischen und den digitalen Wandel. Dabei lag ein besonderer Schwerpunkt auf der Messung des ökologischen Fußabdrucks des digitalen Sektors und darauf, welche Ziele bis 2030 im Hinblick auf die Reduzierung der wichtigsten Faktoren, die maßgeblich zu den Umweltkosten digitaler Geräte beitragen, festgelegt werden sollen.

[Webseite des Rates zur Tagung](#)

Binnenmarktausschuss billigt politischen Kompromiss zum Digital Services Act

Am 16.06.2022 hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) die vorläufig erzielte Einigung mit dem Rat über das Gesetz für digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) mit 36 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung gebilligt. Der DSA bringt neue Regeln für Online-Plattformen, wie soziale Medien oder Marktplätze, sowie andere Anbieter von digitalen Diensten, zur Bekämpfung illegaler Inhalte im Netz und für mehr Transparenz. Sehr große Online-Plattformen und Suchmaschinen (mit 45 Mio. Nutzern oder mehr) werden zukünftig jedes Jahr unabhängigen Prüfungen unterzogen und müssen Risikobewertungen ihrer Dienste durchführen, u. a. in Bezug auf die Verbreitung illegaler Inhalte, die Verbreitung von Desinformationen oder negative Auswirkungen auf Wahlprozesse. Gegen diese Risiken müssen sie Maßnahmen ergreifen, z. B. auch die Anpassung ihrer Algorithmen. Die Geldbußen für Nichteinhaltung können bis zu 6 % des weltweiten Umsatzes betragen. Die finale Abstimmung im Plenum des EP ist für Juli vorgesehen.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)